Brennpunkt Drëtt Welt

FEB08
Nr. 240

INDONESIEN: SUHARTOS LANGE JAHRE

ENTRETIEN AVEC CLAUDIO DA SILVA

KAP VERDE AUF DEM WEG NACH OBEN: AUFSTIEG AUS DER LDC-GRUPPE

LA CAMPAGNE CONSOMM'ACTION

CODE DE CONDUITE DES IMAGES ET DES MESSAGES



brennpunkt

sommaire

Nr. 240
février 2008



Edité par:
Action Solidarité Tiers Monde
55, avenue de la Liberté
L-1931 Luxembourg
Tél: 400 427-20
Fax: 400 427-27
e-mail: bpn@astm.lu
web: www.astm.lu

Responsable de la redaction:
Marc Keup

Ont participé à ce numéro:
Dilcia Figueroa, Julia Georgi, Jennifer Hollett, Nicole Ikuku, Monique Langevin, Dietmar Mirkes, Caroline Pagnot, Jacqueline Rippert, Anika Siegwanz, Mario de Queiroz, Pieca Wallerand, Rainer Werning ea.

Photo de couverture:
Patrick Delhalt

Impression:
CA-Press Esch/Alzette.

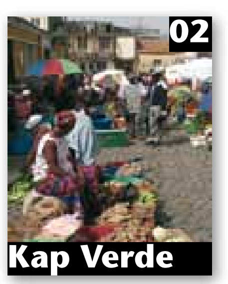
Abonnements:
Jeanny Peffer
Tél: 400 427-63
e-mail: jeanny.peffer@astm.lu

Vous pouvez vous abonner à la revue Brennpunkt en versant 15 EUR (au Luxembourg) ou 25 EUR (à l'étranger) sur le compte CCP LU 71 1111 0102 3550 0000 (BIC : CCPLLULL) avec mention „abo bp3w" en n'oubliant pas votre nom et adresse complete. Cet abonnement vous donne droit à 8 numéros qui apparaissent en général tous les deux mois.

Réalisé grâce à un appui financier de la Coopération luxembourgeoise.
Le contenu de la présente publication relève de la seule responsabilité de l'ASTM et ne peut en aucun cas être considéré comme reflétant l'avis du gouvernement luxembourgeois.

Le Brennpunkt Drëtt Welt est une revue luxembourgeoise, éditée par l'Action Solidarité Tiers Monde.

▶ www.astm.lu



Kap Verde gehört seit Januar nicht mehr zur Gruppe der LDC-Staaten.



Le projet politique de Evo Morales se heurte à l'opposition.



Ex-Präsident Suharto stirbt im Alter von 87 Jahren.



Entretien avec Claudio da Silva du Mouvement des Sans Terre.



Die Kindernachmittage im CITIM begeistern die Kleinen.

Kauf dir die Welt, wie du sie magst...

Wie beeinflusst der Kauf meines T-Shirts das Leben der Baumwollarbeiter im Mali oder der Fabrikarbeiter in China? Warum treibt der Erwerb eines Mobiltelefons Kriege in Afrika an und warum kann Massentourismus zum Verlust der kulturellen Identität führen?

Wer sich öfters mit dem Gefüge des globalen Systems und mit der ungerechten Verteilung der Reichtümer auseinandersetzt, kommt an der Bedeutung des wohlhabenden Konsumenten nicht vorbei. Unsere - im internationalen Vergleich - außergewöhnliche Kaufkraft ist eines der Laufräder im Getriebe der Weltwirtschaft und entscheidend zu einem nicht unerheblichen Maß über das Wohlergehen von Menschen, die wir nicht kennen und auch nie kennen werden. Dabei sind die Zusammenhänge nicht immer so klar ersichtlich, wie dies beispielsweise bei dem Kauf von Fairtrade-Bananen der Fall ist. Oft erschließt sich einem erst nach längerem Studium die Wirkung, die man mit dem Kauf eines gewissen Produktes unbeabsichtigt herbeigeführt hat.

Für eine Reihe von luxemburgischen Organisations non-gouvernementales (ONG) steht das Konsumverhalten der Bürger nicht erst seit der Ausstellung „All We Need" in Esch/Belval im Zentrum ihrer Aufklärungsarbeit. Die ASTM hat seit ihren Anfängen in den 1960er Jahren auf die Dualität erfolgreicher Solidaritätsarbeit hingewiesen: Wer die Lebensverhältnisse der Menschen auf diesem Planeten nachhaltig verbessern will, darf sich nicht auf eine Unterstützung der marginalisierten Bevölkerungsteile in der so genannten Dritten Welt beschränken, sondern muss gleichfalls auf eine Verhaltensänderung in unseren Breiten hinarbeiten. Denn die Schäden, die unser ungebremster Lebensstil auf andere Teile der Welt haben kann, machen die Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit oftmals wieder zunichte.

Verantwortungsvolle KonsumentInnen warten daher nicht auf politische Maßnahmen, wie etwa auf die vor kurzem beschlossene und längst überfällige Kopplung der Autosteuer an die Emissionswerte der Fahrzeuge. Auch wenn die Zusammenhänge zwischen unserem Konsumverhalten uns seinen Konsequenzen im Süden komplex sind und durch die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen nicht einfacher werden, so lassen sie sich doch nicht einfach ignorieren.

In der Arbeitsgruppe „Education au développement" haben sich luxemburgische ONGs[1] zusammengeschlossen, um gemeinsam an der Aufklärung zu diesem Thema zu arbeiten. Ihre jüngste Kampagne nennt sich „Consomm'Action" (siehe Seite 29-31) und will mit Hilfe von Workshops einem jugendlichen Publikum das Verhältnis zwischen ihrem Kaufverhalten und der Lebenswirklichkeit von Menschen auf der anderen Seite des Globus näher bringen. Durch die Beantwortung der eingangs erwähnten Fragen sollen die TeilnehmerInnen dazu gebracht werden, ihr eigenes Verhalten in Frage zu stellen und sich ihrer Macht als Konsumenten bewusst zu werden. Dabei geht es nicht um die Einimpfung eines schlechten Gewissens, sondern um das Vermitteln von Wissen über die Zusammenhänge dieser Welt und das Aufzeigen von konkreten Handlungsmöglichkeiten.

Auf der vorletzten Seite dieser Brennpunkt-Nummer haben wir übrigens - auf die Gefahr hin, dass sie zerschnippelt wird - einen Saison-Kalender mit dem jahreszeitlichen Aufkommen von gewissen Obst- und Gemüsesorten abgedruckt, der Bestandteil der Kampagne „Consomm'Action" ist. Ein hilfreiches Instrument für verantwortungsvolle Konsumenten, denn der Verzehr von regionalen biologischen Lebensmitteln kann unter Umständen Naturkatastrophen vorbeugen.

Marc Keup

(1) Action Solidarité Tiers Monde, Aide à l'Enfance de l'Inde, Caritas Luxembourg, Frères des Hommes, SOS-Faim und TransFair-Minka in Zusammenarbeit mit dem Service Education Nord Sud.≤

Kap Verde: Man sperrt einem Flugzeug in der Startphase nicht das Kerosin ab

Kap Verde, Zielland der luxemburgischen Kooperation, hat seit Januar 2008 die Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder (LDC/least developed countries) verlassen. An sich eine gute Nachricht, beweist dieser „Aufstieg“ doch die erfolgreiche Entwicklung des Inselstaates. Doch der Übergang birgt auch Gefahren.

Marc Keup

Der Aufstieg eines Landes aus der untersten Spielklasse der Weltwirtschaft kommt nur selten vor. Das erste und bisher einzige Land, das den Sprung vom LDC-Staat in die Kategorie der Länder mittleren Einkommens (middle income countries/MIC) geschafft hat, war Botsuana 1994. Dementsprechend groß ist die Herausforderung für die kapverdische Regierung, denn eine solche „Beförderung“ bringt wenig Vorteile, dafür aber ganz konkrete Nachteile mit sich. LDC-Staaten werden von der internationalen Gebergemeinschaft bei der Vergabe von Entwicklungsgeldern und Darlehen bevorzugt und genießen zudem im Handelsbereich spezielle Präferenzen. Eine Bevorzugung, auf die Kap Verde mittelfristig wird verzichten müssen.



Photo: SIP / Charles Caratini

▲ *Bei einem Arbeitsbesuch auf den Kapverden im Januar 2008, sicherte Jean-Claude Juncker dem kapverdischen Premier José Maria Neves die weitere Unterstützung Luxemburgs zu.*

Strukturell benachteiligte Staaten

Die Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder wurde 1971 von den Vereinten Nationen erstellt. In ihr werden jene Staaten zusammengefasst die strukturell benachteiligt sind und daher eine spezielle Behandlung von Seiten der internationalen Gemeinschaft benötigen. Die Kriterien, die ein Land als LDC kennzeichnen, wurden im Laufe der Jahre immer wieder verändert, beruhen aber im Wesentlichen auf drei Merkmalen: dem Pro-Kopf-Einkommen der Einwohner, dem „Human Assets Index“, der Indikatoren für Gesundheit, Ernährungslage, Alphabetisierung u.s.w. zusammenfasst, und schlussendlich der wirtschaftlichen Vulnerabilität des Landes. Hat ein Land die an diese Kriterien gebundenen Schwellenwerte erreicht, wird es aus der Liste genommen und gilt fortan zu der Gruppe von Ländern mittleren Einkommens.

Doch ein solcher Aufstieg stößt bei den betroffenen Ländern nicht unbedingt auf Begeisterung. Im Jahr 1997 empfahl eine Expertengruppe der Vereinten Nationen den Pazifikstaat Vanuatu aus der Liste zu streichen, der sich daraufhin heftig zur Wehr setzte. Einen ähnlichen Widerstand leisteten die Malediven im Jahr 2000, die sich damals gemeinsam mit den Kapverden für einen Austritt aus der LDC-Gruppe qualifiziert hatten. Kein Wunder, angesichts der möglichen wirtschaftlichen Verluste die ein solcher Aufstieg mit sich bringen kann. Es wurde zu diesem Zeitpunkt offensichtlich, dass eine abrupte und „mechanische“ Umklassifizierung von Ländern aus der LDC- in die MIC-Gruppe nicht machbar sei und vielmehr ein „sanfter Übergang“ eingerichtet werden müsse.

Die Arbeit des Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, der sich anschließend dieser Frage annahm, mündete im Dezember 2004 in einer Resolution der UN-Vollversammlung. Diese entschied einerseits den Aufstieg der Kapverden und der Malediven in die MIC-Gruppe, führte aber andererseits eine Übergangsfrist von drei Jahren ein, so dass beide Länder erst Anfang 2008 offiziell die LDC-Gruppe verlassen


Photo: Patrick Delhalt

sollten. Zwei Wochen später, am 26. Dezember 2004 wurden die Malediven zum Opfer einer verheerenden Naturkatastrophe, die Schäden in Höhe von 62% des Bruttoinlandsproduktes zurückließ. Der Tsunami im Indischen Ozean katapultierte die Malediven mit voller Wucht wieder zurück in die LDC-Gruppe; Kap Verde blieb allein als Aufstiegskandidat für die MIC-Gruppe zurück.

Eine schwache wirtschaftliche Grundlage

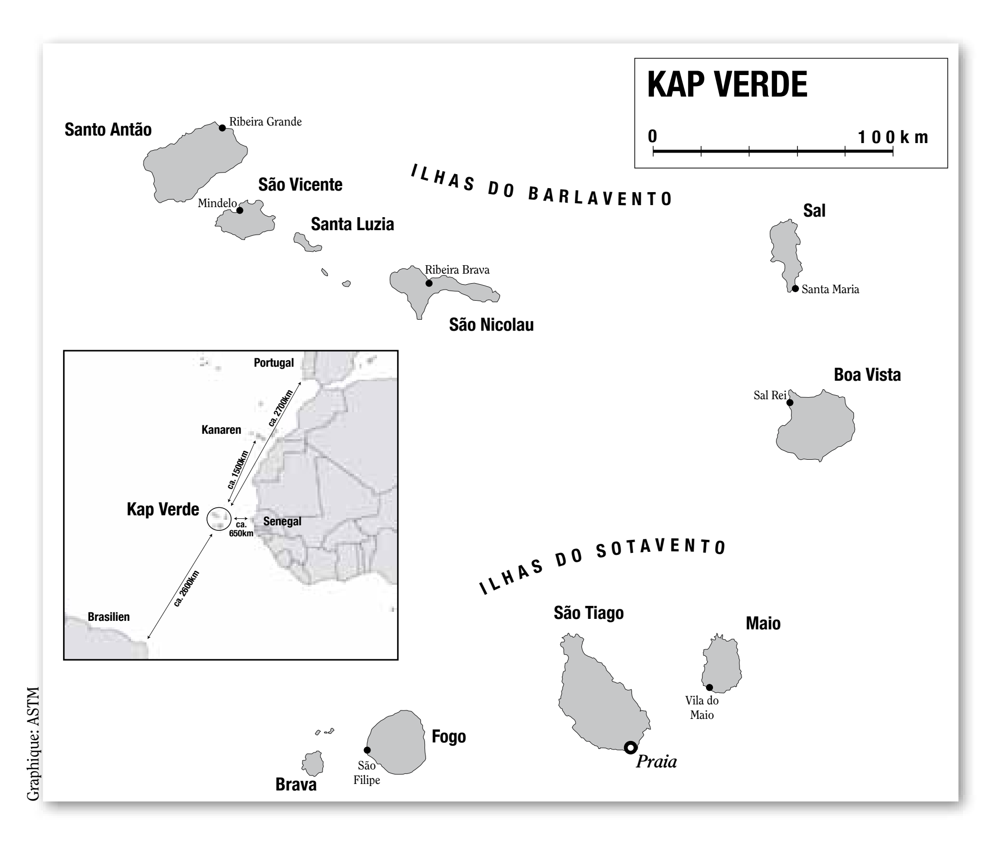
Unbestreitbar haben sich die Lebensbedingungen der rund 450 000 Einwohner auf den Kapverden seit den 1970er Jahren merklich verbessert. Dies ist auf die Anstrengungen der Gebergemeinschaft, vor allem aber auf die gute Regierungsführung des Inselstaates zurückzuführen. Dennoch ist die Entscheidung, die Kapverden aus der LDC-Liste zu streichen, weniger eindeutig als es auf den ersten Blick scheinen mag. Die Einkommenssituation und die Indikatoren des „Human Assets Index" haben sich derart verbessert, dass sie einen Aufstieg rechtfertigen. Doch das dritte LDC-Kriterium, die wirtschaftliche Vulnerabilität, bleibt weiterhin bestehen.

Die ökonomische Verwundbarkeit der Kapverden resultiert vor allem aus der geographischen Situation. Die Böden sind karg und es herrscht ein trocken-heißes Klima, ähnlich dem in der Sahelzone. Hinzu kommen ökologische Probleme, wie z.B. Bodenerosion, Senkung des Grundwasserspiegels und Desertifikation. Nur knapp 10% der Fläche ist landwirtschaftlich nutzbar, so dass die Kapverdianer von Lebensmittelimporten abhängig sind. Das Land verfügt über keinerlei Bodenschätze und ist energetisch auf die Einfuhr von fossilen Brennstoffen angewiesen. Durch diese starke externe Abhängigkeit ist das Land internationalen Preisfluktuationen schutzlos ausgeliefert.

Die Kapverden sind ein Archipel, das aus neun bewohnten Inseln besteht. Dadurch ist eine Multiplikation der Infrastruktur unumgänglich. Alle Einrichtungen, wie z.B. Elektrizitätswerke, Hafenanlagen, Flughäfen, Verwaltungsgebäude, Schulen oder Krankenhäuser müssen mehrfach errichtet und unterhalten werden, was zu enormen Kosten und Effizienzverlusten führt. Die Insellage erschwert ebenfalls eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und behindert die Teilnahme des Landes an Initiativen zur regionalen Integration.

Nachteile des Aufstiegs

Die konkreten Konsequenzen, die sich für die kapverdische Regierung aus dieser Umklassifizierung ergeben, sind sehr schwer zu beziffern. Zwar werden die LDC-Staaten bei der Vergabe von Entwicklungsgeldern ganz klar bevorzugt (rund 50% der Hilfe der EU-Mitgliedsstaaten gehen an LDC-Länder), diese sind aber nur selten formal an diesen Status gebunden. Vielmehr errichten die Geberländer ihre bilaterale Hilfe auf einem ganzen Katalog von Kriterien, bei dem die Zugehörigkeit zu der LDC-Gruppe nur ein Element darstellt. Mit Hinblick auf die multilateralen Organisationen, wie z.B. der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds, kann Kap Verde sich immer noch auf seinen Status als „kleiner Inselstaat" berufen (small island exception). Angesichts der Vulnerabilität der Kapverdischen Wirtschaft dürften auch weiterhin Darlehen zu bevorzugten Konditionen gerechtfertigt sein.



Graphique: ASTM

Die größte Gefahr für das Land besteht jedoch in der Signalwirkung, die von einer solchen formellen Umbenennung ausgehen kann. Geberländer könnten zu dem Trugschluss gelangen, dass ein Land, das den Übergang geschafft hat, auch weniger Unterstützung benötigt. Die jüngsten Trends, die tatsächlich einen Rückgang der Hilfe zeigen, scheinen diese Befürchtung zu bestätigen. Eine solche Entwicklung könnte die guten Perspektiven des Landes schnell wieder zunichte machen. Das derzeitige relativ hohe Pro-Kopfeinkommen ist, neben den Transferzahlungen der Diaspora und den Importzöllen, vor allem der Entwicklungshilfe zu verdanken. Immerhin kamen 2006 auf jeden Kapverdianer 290 US-Dollar Kooperationsgelder[1].

Risiken in der Handelspolitik

Im Handelsbereich sind die Konsequenzen der Umklassifizierung konkreter. Seit 1979 gilt im internationalen Handelssystem die sogenannte „enabling clause", die es allen Staaten erlaubt, LDC-Ländern unilaterale Präferenzen zu gewähren. Diese dürfen also in den Genuss eines unbeschränkten Marktzugangs kommen, ohne dabei selbst ihre eigenen Märkte öffnen zu müssen. Kap Verde hat bisher zwar nur sehr begrenzt von diesen Präferenzen profitieren können, da sich die Exporte größtenteils auf Meeresprodukte beschränken. Der Verlust dieser bevorzugten Behandlung könnte die zukünftige Entwicklung eines exportfähigen Sektors allerdings wesentlich behindern.

Hinzu kommt, dass das Staatsbudget wie bei den meisten afrikanischen Ländern zu einem erheblichen Teil aus den Importzöllen finanziert wird. Verliert Kap Verde den bevorzugten Marktzugang, könnte das Land de facto gezwungen sein Freihandelsabkommen mit seinen Partnern auszuhandeln, die relativ schnell zu einem Versiegen dieser Geldquelle führen könnten. Gegenüber seinem Hauptexportmarkt, der EU, konnte allerdings bereits eine Zwischenlösung gefunden werden. Das europäische Handelsschema „alles außer Waffen", das theoretisch nur den LDC-Staaten offen steht, wurde im Fall Kap Verdes bis zum 1. Januar 2011 verlängert.

Entwicklungsstrategien

Trotz der möglichen Folgen stellt die kapverdische Regierung die Entscheidung der Vereinten Nationen nicht in Frage. Vielmehr versucht sie den Übergang aus der LDC- in die MIC-Gruppe durch eine pro-aktive Entwicklungsstrategie abzufedern, wobei eine Integration in das internationale Umfeld angesichts des begrenzten Binnenmarkts als Schlüsselkomponente angesehen wird. Kurzfristig steht vor allem die Entwicklung des Tourismus und leichter exportorientierter Industrien im Vordergrund. Mittelfristig will man sich auf Nischenplätze im Dienstleistungsbereich konzentrieren, vor allem im Transportsektor und bei den Informationstechnologien. Die geographische Lage des Inselstaats bringt zwar eine karge naturräumliche Ausstattung mit sich, könnte sich in Zeiten der Globalisierung allerdings zu einem Standortvorteil entwickeln. Die strategische gute Position zwischen drei Kontinenten bietet im Logistikbereich komparative Vorteile, die vom internationalen Flug- und Schiffsverkehr genützt werden könnten.

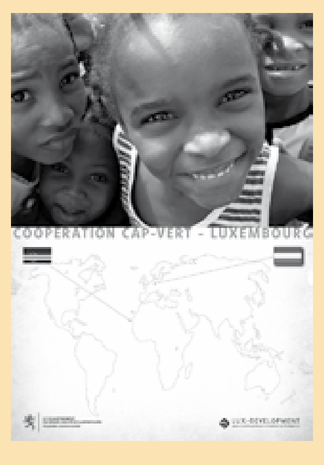
Die Umsetzung der nationalen Strategie benötigt allerdings enorme Investitionen, sowohl im Tourismus-, wie auch im Manufaktur- und Logistikbereich.

zoom

Die luxemburger Kooperation auf den Kapverden

Kap Verde gehört seit 1993 zu den 10 Zielländern der luxemburgischen Kooperation. Neben Portugal, den Niederlanden und der Europäischen Union gilt das Großherzogtum zu den Hauptpartnern der Kapverden. Institutionelles Kernstück der bilateralen Zusammenarbeit ist die seit 1999 alljährlich stattfindende Partenariatskommission.

Die gegenwärtige Kooperation wird im Rahmen des 2ten PIC (Programme indicatif de coopération) abgewickelt, einem bilateralen Abkommen das von 2006 bis 2010 läuft und ein Gesamtvolumen von 45 Millionen Euro aufweist. Ziel ist eine Unterstützung des Landes beim Erreichen der Milleniumsziele der Vereinten Nationen, mit Schwerpunkt auf dem Bildungs- und dem Gesundheitssektor, sowie der Wasseraufbereitung und der Ernährungssicherheit.



Der Großteil dieser Kooperation wird von Lux-Development S.A. umgesetzt: Im Jahr 2006 wurden von den insgesamt rund 11 Millionen Euro die an Kap Verde gingen, rund 80% zur Finanzierung der Projekte der luxemburgischen Entwicklungsagentur ausgegeben. Der Rest entfiel auf die Projekte der NGOs, die Beteiligung an UN-Projekten, die Finanzierung diverser Programme und die Ausgaben für das Regionalbüro in Praia. Details zu den derzeit 13 Projekten, die Lux-Development auf den Kapverden ausführt, kann man auf der Internetseite von Lux-Development als PDF-Datei herunterladen: (www.lux-development.lu/publications.lasso).

Eine Verminderung der internationalen Unterstützung käme daher zu einem denkbar schlechten Moment. Zu diesem Schluss kommt jedenenfalls die „Groupe d'appui à la transition“ (GAT), eine Arbeitsgruppe, die unter der Führung der Vereinten Nationen die Hauptpartner Kap Verdes (darunter auch Luxemburg) versammelt. Die GAT rief alle internationalen Organisationen und alle Geberländer dazu auf, ihre Bemühungen zur Unterstützung Kap Verdes zu verstärken, anstatt sie zu vermindern.

Besuch aus Luxemburg

In diesem Kontext reiste Mitte Januar 2008 Premierminister Jean-Claude Juncker, Kooperationsminister Jean-Louis Schiltz und Erziehungsministerin Mady Delvaux-Stehres nach Praia, der Hauptstadt Kap Verdes. Anlässlich der 9ten Sitzung der bilateralen Partenariatskommission gratulierte Juncker seinem Amtskollegen, dem Kapverdischen Premierminister José Maria Neves, zum Austritt aus der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder. Dabei sicherte Juncker ihm die weitere Unterstützung des Großherzogtums zu: „Dieser Erfolg wird uns nicht dazu veranlassen, uns von den Kapverden zurückzuziehen. Sperrt man einem Flugzeug in der Startphase die Kerosinzufuhr ab, um eine Redewendung von Jean-Louis Schiltz aufzugreifen? Wir haben die feste Absicht hier zu bleiben.“

Diese angesichts der Schussfolgerungen des GAT konsequente Entscheidung, ist nicht unbedeutend für die kapverdische Regierung, sendet sie doch jenes so wichtige Signal an die Gebergemeinschaft, dass der Übergang zur MIC-Gruppe keinesfalls eine Abschwächung der internationalen Anstrengungen rechtfertigt. Laut Angaben der kapverdischen Regierung will Luxemburg im Jahr 2008 rund 13 Millionen Euro für die Kapverden bereitstellen. Die Gelder sollen wie gewohnt im Rahmen des bilateralen PIC (programme indicatif de coopération) in den Sektoren Bildung, Gesundheit und Trinkwasserversorgung investiert werden, hauptsächlich mittels der von Lux-Development implementierten Projekte (siehe Kasten Seite 4).

Eine Verminderung der internationalen Unterstützung käme zu einem denkbar schlechten Moment.

Kein Thema für die luxemburgische Regierung scheint hingegen eine direkte budgetäre Unterstützung Kap Verdes zu sein, wie es bereits die Niederlande, die Europäische Union und die Weltbank praktizieren. Bei diesem Konzept werden die Kooperationsgelder ohne Zweckbindung direkt in den Staatshaushalt des Ziellandes eingespeist, so dass die Regierung des Empfängerlandes frei über die Gelder verfügen kann. Gegenüber dem klassischen Projektansatz hat die budgetäre Unterstützung den Vorteil, dass sie keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand erfordert und somit weitaus effektiver ist. Zudem stärkt sie den Aufbau der administrativen Kapazitäten des Ziellandes. Die Grundvorrausetzung für die Vergabe von budgetärer Unterstützung – Demokratie und effiziente Regierungsführung - ist im Falle Kap Verdes jedenfalls gegeben.

Ob sich der Aufstieg in die MIC-Gruppe für Kap Verde zu einem Stolperstein oder einem zusätzlichen Ansporn entpuppt, wird sich zeigen. Es liegt jedenfalls im Interesse der internationalen Gemeinschaft, das Land unvermindert zu unterstützten - sowohl bei der Finanzierung seiner Entwicklungsstrategie, wie auch bei der Anwendung der Handelspolitiken. Denn ein verpatzter Übergang des Inselstaates würde ein verheerendes Signal an die 49 verbleibenden LDC-Staaten senden. ■

Marc Keup ist Mitglied der ASTM.

(1) EU donor atlas 2006 (volume I) february 2007


Photo: SIP / Charles Caratini

▲ *Die luxemburgische Delegation beim Besuch eines Gymnasiums auf Kap Verde.*

Interview

Víctor Barbosa Borges: Wir wollen für niemanden ein Beispiel sein

In einem Interview mit IPS spricht der Außenminister von Kap Verde, Víctor Barbosa Borges, über die Erfolge seines Landes, die Zusammenarbeit mit Brasilien, und die Spannungen beim EU-Afrika-Gipfel im Dezember 2007.

■ *Nach beharrlicher Arbeit während drei schweren Jahrzehnten steigt Kap Verde in den Klub der Länder mittleren Einkommens auf und wird assoziiertes Mitglied der Europäischen Union. In anderen Worten, ein leuchtendes Beispiel für andere Länder des Kontinents.*

Ich kann diese Äußerung nur schwer akzeptieren, da sie impliziert, es gebe auf der einen Seite Menschen, die fähig sind zu beurteilen, Menschen die wissen was sie tun, und auf der anderen Seite Schüler, die noch lernen müssten.

■ *Trotzdem, Kap Verde wird von den internationalen Institutionen oft als erfolgreiches Beispiel bezeichnet, das in Afrika nachgeahmt werden sollte.*

Ja, das stimmt und wir wurden auch als „gute Schüler" bezeichnet. Aber von einem philosophischen Standpunkt aus stört es mich, dass Kap Verde als Beispiel angesehen wird. Wir wollen für niemanden ein Beispiel sein. Jedes afrikanische Land muss seinen eigenen Weg in Richtung Entwicklung finden.

■ *Dennoch wird das so genannte „Kapverdische Modell" von der internationalen Gemeinschaft empfohlen.*

Kap Verde ist ein Land ohne natürliche Ressourcen und selbst unser Trinkwasser verdanken wir einem industriellen Prozess (der Entsalzung von Meerwasser). Wir sind klein und leiden unter den hohen Kosten einer fragmentierten Wirtschaft. Dennoch sind wir seit der Unabhängigkeit entwicklungspolitisch kontinuierlich vorangekommen. Deshalb steigen wir jetzt von der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder in die Gruppe der Länder mit mittlerem Einkommen auf *(Siehe Artikel Seite 2 - Anm. der Red.)*.

Aber die Kapverden sind noch weit davon entfernt, Lösungen für alle Probleme zu haben. Alle bisherigen Regierungen haben sich mit der Entwicklung, sowie der Achtung der Menschen- und Bürgerrechte beschäftigt. Trotzdem zögere ich den Ausdruck zu benutzen, unser Land sei ein „moralisches Vorbild" für den Kontinent.



Photo: NATO

▲ Der Außenminister der Republik Kap Verde, Víctor Barbosa Borges.

■ *Die wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren sind viel versprechend. Könnte das zu einer Attitüde der Selbstzufriedenheit führen?*

Wir sind zufrieden mit dem, was wir bisher erreicht haben, aber unsere Erwartungen sind noch weitaus höher, unabhängig von der Meinung der restlichen Welt.

Zum Zeitpunkt unserer Unabhängigkeit, hatten wir eine Analphabetenrate von 70%, heute liegt sie bei 24%. Die Lebenserwartung lag damals bei 50 Jahren, heute liegt sie zwischen 70 und 75 Jahren. Die Kindersterblichkeit ist

stark gesunken und ist heute eine der niedrigsten in Afrika. Für die Regierung ist es essenziell, auf die Erwartungen der Kapverdianer hinsichtlich Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Stabilität einzugehen.

Wir brauchen aber noch mehr Entwicklung. Auch wenn die Menschen unsere Leistungen anerkennen, sind sie mit den Ergebnissen noch längst nicht zufrieden. Ihr und unser Anspruch wird uns weiter antreiben.

■ ***Bezüglich ausländischer Investitionen und Entwicklungshilfe scheint Portugal neuerdings als größter Partner der Kapverden ins Hintertreffen zu geraten, gerade gegenüber Brasilien, dem mit 190 Millionen Einwohnern größten portugiesischsprachigen Land der Welt.***

Es ist nicht die Politik der Kapverden, Portugal als größter Handelspartner durch Brasilien zu ersetzen. Unsere Politik besteht darin, unsere internationale Zusammenarbeit zu diversifizieren, mit Portugal, der Europäischen Union, Brasilien, China, den westafrikanischen Staaten und auch mit den USA.

Mit Brasilien bauen wir eine enge handelspolitische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit auf, weil es uns geographisch, sprachlich und kulturell sehr nahe liegt. Diese Beziehung hat enormes Potential und eine große Zukunft. Die Besuche von Präsident Pedro Pires und dem Premierminister José María Pereira Neves in Brasilien und von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva auf den Kapverden war ganz klar der Auftakt zu einer Stärkung unserer gegenseitigen Beziehungen.

■ ***Auf dem EU-Afrika Gipfel im Dezember 2007 sprach Pereira Neves über die Notwendigkeit, die Immigration nach Europa zu regulieren und das Schlepperwesen energisch zu bekämpfen.***

Die Kapverden haben eine privilegierte geographische Lage, die das wirtschaftliche Wachstum begünstigen kann, gleichzeitig aber auch die Gefahr birgt, dass sie den Menschenschmuggel oder den Drogenhandel aus Südamerika anzieht. Kriminelle benutzen unsere territorialen Gewässer als Sprungbrett in die EU.

„Auch wenn die Menschen unsere Leistungen anerkennen, sind sie mit den Ergebnissen noch längst nicht zufrieden. Ihr und unser Anspruch wird uns weiter antreiben."

Es ist nicht unser Markt mit seinen 450 000 Menschen und ihrer niedrigen Kaufkraft, der diese Menschen anzieht. Es ist der europäische Markt und deshalb ist es auch eine gemeinsame Herausforderung. Europa ist das Ziel, die Kapverden nur eine Etappe. Durch die Nachbarschaft der Kanarischen Inseln haben wir de facto eine gemeinsame Außengrenze mit der EU. Es ist also eine sehr konkrete Problemstellung, die über die Frage der Entwicklungszusammenarbeit hinausgeht.

Zudem ist es eine wirkliche Tragödie, mit Menschen die ertrinken und organisierten Verbrecherbanden ausgesetzt sind. Es ist essenziell für die EU bei der Lösung des Problems mit uns zusammenzuarbeiten. In dieser Hinsicht war der EU-Afrika-Gipfel ein Höhepunkt im gegenseitigen Dialog zwischen den beiden Kontinenten, aber die Fortsetzung dieses Dialogs hängt vom politischen Willen auf beiden Seiten ab.

■ ***Die schwierigen Beziehungen zwischen Großbritannien und Simbabwe könnten diese Absicht blockieren.***

Dieses Problem wird immer wieder von der internationalen Presse aufgegriffen und hat in der Berichterstattung über den EU-Afrika-Gipfel die wirklich wichtigen Debatten verdeckt. Viele Menschen haben über die schwierigen Beziehungen zwischen Großbritannien und Simbabwe gehört, aber nur wenig über die wirklichen Anliegen Afrikas.

Es stimmt, dass es in Simbabwe Probleme gibt, aber wir bestehen darauf, dass der Dialog, auch wenn er schwierig und unangenehm ist, das einzige demokratische Mittel darstellt um diese Probleme zu lösen, sowohl national, wie auch international.

■ ***Analysten und Experten haben Londons Inkonsistenz kritisiert: Einerseits weigern sie sich mit Simbabwes Präsident Robert Mugabe an einem Tisch zu sitzen weil er weiße Siedler verfolgt, auf der anderen Seite haben sie keine Skrupel mit anderen afrikanischen Staatschefs zu reden, denen man eine Verletzung der Menschenrechte vorwirft. Wie fühlen sich die Afrikaner dabei?***

So wie die Dinge jetzt stehen, sehen wir, dass beide Seiten ihre Positionen radikalisieren, was schlussendlich niemandem hilft. Es scheint als sei eine Linie gezogen worden, zwischen den Guten auf der einen Seite und den Bösen auf der anderen. Aber die Situation ist viel komplizierter und diese Linie ist vielleicht gar nicht so eindeutig. Die Demokratie in Simbabwe hat sicherlich Fortschritte nötig, aber wir sollten das nie als Vorwand benützen um einen Dialog unmöglich zu machen. ■

Das Gespräch führte Mario de Queiroz von Inter Press Service (IPS).

Bolivie: La querelle des régions

Au moment de son élection, le président Evo Morales avait promis de restructurer fondamentalement la société bolivienne, notamment en améliorant la situation des communautés indigènes, marginalisées depuis des siècles. Mais la nouvelle constitution qu'il propose se heurte à la résistance des élites traditionnelles. Un bras de fer entre le gouvernement et l'opposition qui a mené le pays au bord du gouffre.

Dilcia Figueroa

Une des principales promesses électorales du Président Evo Morales, d'origine indigène, fut la „fondation nouvelle de la Bolivie“ (refonte). Cette restructuration fondamentale de l'État bolivien, comme le prévoyait Morales, visait notamment à un renforcement des droits et du pouvoir de la population indigène, historiquement exclue, en créant un État plurinational et communautaire. Un projet qui a tout pour déplaire aux élites traditionnelles, installées surtout dans les provinces de Santa Cruz, Tarija, Beni et Pando, un espace géographique appelé communément la „Media Luna“. Leur opposition au projet de Morales reste tenace et a mené le pays au bord du gouffre.

Afin de lancer le processus de la „refonte“, Evo Morales a convoqué en mars 2006 une Assemblée Constituante, afin de rédiger une nouvelle constitution qui devait être finalisée en août 2007 pour être ensuite soumise au référendum en 2008[1]. Le calendrier prévu a échoué à plusieurs reprises, les différents partis ayant des diffcultés à se mettre d'accord sur le noyau même de la nouvelle charte constitutionnelle. Après 16 mois de discussions et de disputes, le texte a finalement été approuvé le 9 décembre 2007 par 165 des 255 députés, ce dans une ambiance de vive tension entre l'opposition et le gouvernement. Les 72 députés membres de „Podemos“ (Poder Democratico y Social), parti conservateur, n'ont pas participé à ce vote, le qualifiant d'illégal. Déjà l'approbation en première instance, le 24 novembre, avait provoqué une grève générale dans les six régions contrôlées par l'opposition conservatrice, résultant dans des désordres publics qui ont coûté la vie à trois personnes et ont fait de nombreux blessés.


Photo: Indymedia

▲ *Le projet politique de Evo Morales se heurte à la résistance de 6 des 9 provinces.*

Un des points les plus polémiques de la charte constitutionnelle est la garantie d'une autonomie aux communautés indigènes. Elle reconnaît ainsi leurs droits à la terre, la préservation de leur culture et de leurs langues, le pluralisme juridique, ainsi que leur participation aux institutions de l'État. Par ces dispositions, qui tablent sur les demandes principales de la coalition des organisations indigènes et paysannes (el Pacto de Unidad), la nouvelle constitution va au-delà du multiculturalisme, reconnu pour la première fois en 1994, et octroie aux indigènes un vrai partage du pouvoir économique, social et politique. La nouvelle charte met également un verrou à la privatisation des services de base, renforce le contrôle de l'Etat sur l'exploitation des ressources naturelles et interdit le latifundio (grandes propriétés foncières). Néanmoins, faute d'accord sur la dimension maximale du latifundio, l'article relatif à ce sujet devrait être soumis à un referendum avant la consultation populaire sur l'ensemble de la constitution.

Polarisation du pays

L'autonomie départementale, une des demandes les plus importantes de la „Media Luna“, est reconnue par le nouveau texte constitutionnel, mais entre autres les politiques sur l'exploitation des ressources naturelles et sur la réforme



Photo: ASTM

▲ *L'Alto, la ville haute de La Paz. Siège du gouvernement, La Paz est la capitale inofficielle de la Bolivie, Sucre étant la capitale constitutionnelle.*

agraire (notamment l'expropriation de grandes propriétés foncières qui ne remplissent pas leur fonction sociale et économique) restent des compétences nationales. Une décision que les quatre régions de la „Media Luna" contestent fortement, puisque Santa Cruz et Tarija concentrent ensemble 85% des réserves de gaz, Beni compte 50% de l'industrie d'élevage et des grands latifundios, et la région de Pando détient d'énormes réserves forestières. Quatre jours après le vote de la charte constitutionnelle, le 13 décembre 2007, ces régions ont déclaré ouvertement leurs statuts d'autonomie, ignorant ainsi complètement le nouveau texte et, de plus, la constitution présentement en vigueur, qui ne reconnaît pas l'autonomie des régions. Un défi majeur pour le gouvernement Morales qui menace l'unité politique du pays.

Cet acte poursuivait clairement l'objectif d'empêcher l'approbation de la nouvelle constitution et de s'assurer du contrôle des richesses de leurs régions respectives, en s'accaparant les compétences administratives et législatives en matière de distribution des terres et de gestion des ressources. Cette démarche a finalement été rejointe par les régions de Cochabamba et de Chuquisaca, dont les préfets n'appartiennent pas non plus au Movimiento al Socialismo (MAS), le parti de Morales.

La situation a fini par polariser complètement le pays entre les partisans et les opposants à la nouvelle constitution, entre les indigènes, les paysans andins et les mouvements sociaux d'un côté et les élites traditionnelles de l'autre, organisées autour des préfets et des comités civiques. Une confrontation symbolisée par la lutte entre La Paz, capitale administrative et siège du gouvernement, et Santa Cruz, centre du pouvoir économique. Entre les deux pôles se trouve une partie de la classe moyenne métisse, laquelle, ayant appuyé Morales lors des élections en 2005, hésite aujourd'hui à prendre parti, notamment après des actes de violence à Cochabamba en janvier 2007. La gravité de la situation a finalement obligé le gouvernement Morales à faire un pas en arrière et à engager le dialogue avec les préfets des neuf régions du pays. Mais un accord semble presque impossible.

Le conflit entre La Paz et les régions de la „Media Luna" a également réveillé une autre querelle, vieille de plus de cent ans. Sucre, la capitale constitutionnelle et siège du pouvoir judiciaire, avait vu son rôle réduit en 1899, quand le gouvernement quitta la ville pour s'installer à La Paz. La revendication historique de Sucre, qui aspire à redevenir le siège du gouvernement, a refait surface ces derniers mois. Une demande qui est soutenue par les autres régions en opposition au gouvernement Morales.

Des réactions acharnées

Les critiques de l'opposition, quant aux conditions dans lesquelles la nouvelle

constitution a été approuvée, sont certainement valables. Mais au-delà des discours officiels, la toile de fond de cette polémique est une lutte pour le pouvoir. Les élites conservatrices ont gouverné le pays pendant des siècles. Les six régions, en opposition aujourd'hui, comportent presque deux tiers du territoire du pays et comptent plus de 80% de l'économie du pays. Santa Cruz, le moteur économique de la Bolivie avec ses grandes entreprises agro-industrielles et les plus grands gisements de fer au monde, apporte à elle seule 30% du PIB et 50% du total des exportations. Près de 55% des terres dans la région Santa Cruz, appartient à environ 380 familles. Sur les grandes propriétés, les conditions de travail sont quasiment féodales.

Dès l'arrivée du gouvernement de Morales, issu du mouvement social, les élites traditionnellement au pouvoir ont essayé par tous les moyens de boycotter la politique du gouvernement, qui est considérée comme une menace à leurs intérêts économiques. Morales cherchait à réaliser des changements structuraux dans la société bolivienne pour en finir avec l'exclusion sociale de la population marginalisée. Plus de 60% des 9,8 millions d'habitants vivent en situation de pauvreté. Dans la crise actuelle, le secteur conservateur et néolibéral lutte pour le maintien du statu quo, tout en cherchant à récupérer le pouvoir politique.

Un dialogue difficile

Depuis la reprise du dialogue début janvier 2008, et malgré la médiation internationale, les choses ont très peu évolué. Face aux intérêts en jeu, un accord s'avère difficile. Aussi bien le gouvernement que les régions opposées campent sur leurs positions: Morales ne compte pas rectifier le texte constitutionnel, sans quoi la „Media Luna“ ne veut pas révoquer son autonomie autoproclamée. Mais le Président ne peut pas faire passer la constitution sans l'aval de l'opposition. Le référendum, qui devra approuver la nouvelle constitution, ne peut être convoqué que par le Congrès. Or, le Sénat, la deuxième chambre du Congrès, est contrôlé par l'opposition.

Pour anticiper un échec des pourparlers, Morales est passé à l'offensive en présentant un projet de loi peu ordinaire au Congrès. Il veut soumettre au référendum la révocation du mandat de toutes les autorités élues au suffrage universel, y compris son propre mandat et celui des préfets. Ceci afin que le peuple décide lui-même du sort des réformes entamées par le gouvernement.

La situation est très difficile et délicate, mais les Boliviens ont connu dans le passé des crises similaires et sont toujours parvenus à en sortir. Le conflit actuel n'est que le résultat d'années de luttes, parfois sanglantes et mortelles, de la partie marginalisée de la population contre les inégalités à l'intérieur de la société bolivienne, qui ont finalement permis l'émergence du mouvement social comme acteur politique. Il ne reste qu'à espérer qu'une solution négociée permette d'éviter la violence et qu'un consensus se dégage autour d'une nouvelle Constitution. ■

Dilcia Figueroa est membre de l'ASTM.

(1) La demande pour l'Assemblée Constituante provient de la lutte contre la privatisation de l'eau en 2000 à Cochabamba, mais selle remonte à 1990 lors de la Marche pour le Territoires et la Dignité de la „Central de Pueblos Indigenas del Beni“.



Graphique: ASTM

Philippinen: „Unsere Anliegen bleiben: Land, Lohn, Arbeit und Rechte!”

Crispin Beltran: Der große alte Mann der philippinischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung beharrt auch als 75-Jähriger auf seinem aktiven Unruhestand.

Rainer Werning

Als Crispin Beltran oder „Ka Bel" (Genosse Bel), wie seine zahlreichen FreundInnen den engagierten Arbeiter- und Gewerkschaftsführer liebevoll nennen, am 7. Januar seinen 75. Geburtstag beging, hat der bescheidene, doch stets mutige und entschiedene Mann gute Gründe, auf ein ereignisreiches Leben zurückzublicken. Eigentlich hätte er sich vor einem Jahrzehnt zurücklehnen, lesen oder Ziegen züchten und den Lebensabend in ruhigerem Tempo genießen können. Doch Crispin Beltran wäre eben nicht „Ka Bel", wenn er über Nacht als Pensionär in den Ruhestand getreten wäre.

Gründung der KMU

Aufgewachsen ist Beltran in dem Ort Bacacay in der südöstlich von Manila gelegenen Provinz Albay. An der staatlichen Universität der Philippinen studierte er am Asiatischen Arbeiterbildungszentrum. Doch das theoretische Studium begeisterte ihn weniger als praktisches Organisieren. Seine erste Führungsrolle übernahm er in der maßgeblich auf seine Initiative entstandenen Gemeinsamen Taxifahrervereinigung, deren Präsident er wurde. Zusammen mit den älteren Kollegen Felixberto Olalia and Feliciano Reyes, bereits vor dem am 21. September 1972 von Präsident Ferdinand Marcos ausgerufenen Kriegsrecht zwei Ikonen der philippinischen Arbeiterbewegung, gründete Beltran weitere fortschrittliche Arbeiterorganisationen. Höhepunkt war zweifellos die Gründung des militanten Gewerkschaftsdachverbandes Kilusang Mayo Uno (KMU oder Bewegung des 1. Mai) 1980. Ob unter Marcos oder unter der heutigen Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo – stets betrachteten die staatlichen Sicherheitskräfte die KMU als „kommunistische Frontorganisation“. Entsprechend wurde ihre Führungsspitze malträtiert. Olalia, der erste KMU-Vorsitzende, starb 1983 im Alter von 80 Jahren an den Folgen mehrfacher Inhaftierung. Ihm folgte als KMU-Chef sein Sohn Rolando Olalia, der am 13. November 1986 (es regierte bereits die Marcos-Nachfolgerin Corazon Aquino) zusammen mit seinem Fahrer Leonor Alay-ay tot aufgefunden wurde. Militärs hatten den Opfern die Hände auf den Rücken gebunden, sie schwer misshandelt und dann buchstäblich exekutiert.

Hinter Gittern

Kurz darauf trat Crispin Beltran das Erbe der Olalias an und wurde KMUs dritter Vorsitzender. Aufgrund seines Engagements kannte auch „Ka Bel“ das Gefängnis von innen. Marcos hatte ihn bereits im August 1982 festnehmen lassen. Doch im November 1984 gelang ihm die Flucht. Er tauchte unter und arbeitete inkognito mit Arbeitern und Bauern im Hinterland, bis Frau Aquino ihn begnadigte. Doch genau 20 Jahre nach dem Sturz der Marcos-Diktatur



Photo: ASTM

▲ *Crispin Beltran in seinem Krankenhauszimmer im März 2007.*

setzte Frau Arroyo ihm erneut zu. „Ka Bel“ war nach seiner KMU-Arbeit für die linke Parteigruppierung „Anakpawis“ (wörtlich: „Kinder des Schweißes“) als Kongressabgeordneter gewählt worden. Im Februar 2006 verkündete die Präsidentin für wenige Tage den Nationalen Notstand. Begründung: Die extreme Linke, die Kommunistische Partei (CPP) und deren Guerilla, die Neue Volksarmee (NPA), hätten sich gemeinsam mit meuternden Militärs verbündet, ihre Regierung zu stürzen. So ging Frau Arroyo, die gleichzeitig auch Oberbefehlshaberin der Streitkräfte ist, in einem Rundumschlag drakonisch gegen ihre Widersacher vor und warf selbst Beltran und den fünf weiteren linken Abgeordneten im Kongress „Rebellion“ vor. Die Abgeordneten verschanzten sich einige Wochen lang im Kongressgebäude. Als sie dieses verließen, wurden sie zunächst nicht verhaftet. „Ka Bel“ hingegen landete sofort hinter Gittern.

Frau Arroyo hatte zwischenzeitlich den Notstand wieder aufgehoben und damit zumindest erreicht, dass ihr Großkundgebungen gegen ihre Regierung anlässlich des 20. Jahrestags der Befreiung von der Marcos-Diktatur erspart blieben. Über 15 Monate verbrachte Crispin Beltran in Haft, darunter eine Zeitlang von Militärs bewacht in einem Hospital, wo er wegen seines Gesundheitszustandes behandelt werden musste. Die Anklage, er hätte vor über zwanzig Jahren (noch während des Kriegsrechts unter Marcos) illegal Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet war so absurd, dass die Nationalpolizei sie auf „Rebellion“ ausdehnte. Weil in einem solchen Fall keine Kaution gestellt werden kann, musste „Ka Bel“ die ganze Zeit in Haft verbringen, bis auch der Oberste Gerichtshof das Urteil kassierte und die Beweislage als völlig unzureichend bewertete. Für „Ka Bel“ und seine MitstreiterInnen ein Erfolg auf ganzer Linie.

Menschenrechtsarbeit

„Der wahre Grund, weshalb man mich hinter Gittern sperrte, war der, dass ich keinen Hehl aus meiner Kritik an der Präsidentin machte. Ein bewaffneter Aufstand gegen sie? Unfug; meine einzige Waffe war Spucke!” Als „Ka Bel“ im Juli 2007 wieder an den ersten Sitzungen des 14. Kongresses teilnehmen konnte, erschien er dort in rotem Hemd und mit roter Kappe. Einigen seiner KollegInnen schrieb er ins Stammbuch: „Es ist weder eine Sünde noch ein Vergehen, öffentlich die Korruption und Ermordung Hunderter unschuldiger Zivilisten durch die Staatsorgane anzuprangern.“ Noch vor den Wahlen Mitte Mai hatte Beltran von seinem Krankenbett aus Wahlkampf gegen Frau Arroyo betrieben. „Ich rufe die Bevölkerung eindringlich dazu auf, auf keinen Fall Kandidaten der Präsidentin zu unterstützen. Dann wählt lieber gleich Wasserbüffel; die sind wenigstens bei der Feldarbeit nützlich und stets zuverlässige Gefährten.“ Seitdem er im Mai 2007 wiedergewählt wurde, hat sich „Ka Bel“ der Menschenrechtsarbeit verschrieben. Vorrangig geht es ihm darum, einen wirksamen Zeugenschutz bei staatlichen Verbrechen durchzusetzen: „So etwas wird seit über 18 Jahren diskutiert, aber es gibt ihn noch immer nicht.“

„Der wahre Grund, weshalb man mich hinter Gittern sperrte, war der, dass ich keinen Hehl aus meiner Kritik an der Präsidentin machte. Ein bewaffneter Aufstand gegen sie? Unfug; meine einzige Waffe war Spucke!”



Photo: ASTM

Da Crispin Beltran sehr wohl weiß, was es heißt, ein politischer Gefangener zu sein, war er der erste Kongressabgeordnete seines Landes, der nach der Inhaftierung seines Freundes und Gründungsvorsitzenden der Kommunistischen Partei, José Maria Sison, am 28. August 2007 ein Dossier vorlegte, in dem er dessen Festnahme als konzertierte Aktion der Regierung der Philippinen und der Niederlanden (wo Sison seit 20 Jahren im Exil lebt) bezeichnete. Demnach seien unter anderen niederländischen Firmen Bohrkonzessionen in der südöstlich von Manila gelegenen Bicol-Region erteilt, Sondervergünstigen für die Niederländische Investmentbank für Entwicklungsländer gewährt und die Erschließung von Gasvorkommen in den Gebieten indigener Völker eingeräumt worden. In strategischen Schlüsselindustrien, so Beltran, sei das niederländische Big Business in den Philippinen präsent: ob in die Ölindustrie (Royal Dutch Shell), in der Petroleum- und Erdgasförderung (Vitol Group), im Lebensmittelbereich (Unilever), im Bankensektor (ABN-AMRO), im Versicherungswesen (AXA-Life) sowie in der Elektronikbranche (Phillips). Ein rastloser Mann mit vielen unerledigten Aufgaben. ■

Rainer Werning ist Publizist und Ostasienexperte.

Mali: Aus der Polarnacht in die Sahara – Inuit-Künstler reisen zum Wüstenfestival nach Essakane

Ein Eisbär in der Wüste? Die Besucher des Wüstenfestivals in der alten Oase Essakane, 65 Kilometer nordwestlich von Timbuktu, Mali, staunen nicht schlecht über die Show, die ihnen die Inuit-Künstlertruppe „Artcirq" aus der kanadischen Arktis mitten in der Sahara präsentierte. Ihr Tanz im Eisbärfell gehörte zum Programm des achten multikulturellen „Festival au Desert".

Jennifer Hollett

Die indigenen Musiker, Tänzer und Sänger von „Artcirq" aus dem arktischen, viele tausend Kilometer entfernten Igloolik im kanadischen Territorium Nunavut waren in die Sahara gekommen, um den vielen internationalen und einheimischen Besuchern des größten Festivals im westafrikanischen Mali einen Einblick in die Kultur ihres Nordpolarvolkes zu vermitteln.

„Siebenmal mussten wir das Flugzeug wechseln, bis wir hier waren. In Igloovik war es bei unserer Abreise 60 Grad Celsius unter Null. Und hier werde ich mich gleich auf ein Kamel setzen", berichtete der Mitbegründer der Gruppe, Guillaume Saladin. Kanadas staatlicher Kunstbeirat „Canada Council" hatte die Reise unterstützt.

Parallelwelten

Trotz der gewaltigen klimatischen Unterschiede sehen die Künstler von Artcirq auch viele Ähnlichkeiten bei den Menschen, die in der Sahara und der arktischen Eiswüste leben. „Hier geht es sehr ruhig zu. Die Sanddünen gleichen den Schneeverwehungen, die starke Winde bei uns in der Arktis vor sich her treiben. Und beide Regionen sind vom Klimawandel bedroht", so Terence Leonard Yuarak.

Auch gehe es vielen jungen afrikanischen Tuareg nicht anders als jungen Inuit. Sie wünschten sich nichts mehr als ihre Heimat zu verlassen und in der Stadt zu leben, sich DVDs anzusehen und Popmusik zu hören.

Zunächst aber stellten Sylvia Cloutier, die Sängerin der Gruppe „Artcirq", auf einer Pressekonferenz klar, dass sich ihr Volk Inuit („Menschen") nennt und nicht etwa „Eskimos" („Fleischesser"). Diese immer noch weithin gebräuchliche Bezeichnung, unter der sogar das Festivalprogramm die Inuitkünstler ankündigte, verdanken sie weißen Siedlern.

Tuareg-Kultur und internationale Festivalbeiträge

Initiatoren und Organisatoren des 8. Wüstenfestivals, das vom 10. bis 12. Januar in Essakane nördlich der zentralmalischen Oasenstadt Timbuktu stattfand, waren die nichtstaatlichen Tuareg-Organisationen „Efès" und „Aitma".

Unter der Schirmherrschaft des Kulturministeriums von Mali wurde das mittlerweile international bekannte



Photo: Artcirq

▲ *Einen Tanz im Eisbärenfell sieht man selten in der Sahara. Umso mehr beeindruckte die Inuit-Künstlergruppe „Artcirq" die Besucher beim „8. Festival au Désert" in Mali.*

Musik- und Kunstfestival vom einheimischen Tourismusministerium sowie von der Europäischen Kommission, der belgischen Organisation „Africalia“ und der Frankophonie (Gemeinschaft der französischsprachigen Staaten, zu der auch Kanada gehört) unterstützt. Beteiligt waren ferner die Weltkulturorganisation UNESCO, das belgische „Sfinks“-Festival und die Stadt Barcelona.

Kontaktbörse

Die Veranstaltung, die in diesem Jahr tausende Besucher, überwiegend Touristen aus aller Welt, anlockte, präsentierte 32 Künstlergruppen aus vielen Teilen der Welt. „Heute geht es uns darum, Kontakte zu knüpfen und Beziehungen zu anderen Menschen aufbauen“, betonte Festivalleiter Manny Ansar.

Besonders vielfältig war die Show aus traditionellen Kulturelementen, Zirkusdarbietungen und Videoclips, wie sie Artcirq zu bieten hatte. Gegründet wurde das Ensemble vor zehn Jahren als Reaktion auf die trostlosen Lebensbedingungen in manchen arktischen Siedlungen Kanadas, die damals zahlreiche junge Inuit in den Selbstmord trieben.

Die Gruppe setzt darauf, nach ihren internationalen Erfolgen auch in Igloovik junge Leute für ihre zirzensischen Künste zu begeistern. „Wir verwirklichen Träume“, sagte Saladin. Auch für ihn habe sich mit der Reise nach Timbuktu ein Traum erfüllt.

„Hier lebt man wie in einem gigantischen Sandkasten, für mich ist dies der größte Kulturschock meines Lebens“, sagte Jacky Qrunnut. Der 22-jährige Inuit arbeitet als Akrobat und Techniker für Artcirq. „Ich sei stark, sagten die Leuten hier, als sie hörten, woher ich komme. Ich erklärte ihnen, wie stark sie selbst sind, weil sie hier leben.“

„Hier geht es sehr ruhig zu. Die Sanddünen gleichen den Schneeverwehungen, die starke Winde bei uns in der Arktis vor sich her treiben. Und beide Regionen sind vom Klimawandel bedroht“, so Terence Leonard Yuarak.

„Gut, dass ihr hier seid“

Um gängige Stereotypen vom Leben in der Arktis abzubauen hatte die kanadischen Künstlertruppe auch eine Kopie des Films „Atanarjuat“ („Der Läufer“) von Zacharias Kunuk im Gepäck. Es ist der erste Spielfilm, den ein Inuit-Regisseur mit einer ausschließlichen Inuit-Besetzung gedreht hat.

Während der Filmvorführung in den Dünen der Sahara kam ein Tuareg mit einem Mitglied von Artcirq ins Gespräch. Sie unterhielten sich über das Bauen von Iglus, über die Robbenjagd und die Begrüßungsriten der Inuit.

Der Afrikaner schien sehr beeindruckt: „Es ist gut, dass ihr uns hier zeigt, wie ihr lebt“, sagte er. „Und wir sind hierher gekommen, um etwas von eurem Leben zu erfahren“, antwortete ihm sein Gegenüber. Die beiden Männer lächelten, schüttelten sich die Hand und gingen ihrer Wege - mitten in der Sahara. ■

Jennifer Hollett ist Korrespondentin für IPS.

zoom

Le Festival au Désert de Essakane au Mali

Créé en janvier 2001, le Festival au désert se tient chaque année à l'ancienne oasis de Essakane, à deux heures de piste de la ville de Tombouctou au Mali. Ce festival se greffe sur de grandes fêtes traditionnelles touaregs telles que Takoubelt à Kidal et Temakannit à Tombouctou, qui constituèrent longtemps un lieu de concertations et d'échanges entre les communautés. A l'origine on y voyait les différentes formes de chants et danses touaregs, de la poésie, des courses de chameaux, des jeux. Aujourd'hui le Festival s'ouvre vers l'extérieur et accueille des artistes venus d'autres régions du Mali, d'Afrique mais aussi d'Europe et du reste du monde. Ainsi, à travers l'intérêt médiatique qu'il suscite et la logistique qu'il mobilise, il entre dans la catégorie des grands festivals modernes tout en gardant ses aspects traditionnels.

La programmation artistique dure trois jours pleins. Les temps forts de la journée sont à considérer sous deux angles, celui de la tradition et celui de la programmation sur les grandes scènes. Les manifestations traditionnelles se déroulent dans la journée, dès le matin. Il s'agit de parades ou de courses de chameaux, de „tindés“ (chants traditionnels de femmes avec les parades), d'expositions, de conférences, de jeux divers. Les programmations liées aux sons et à la lumière (concerts, animations) commencent juste avant la tombée de la nuit.

▶ www.festival-au-desert.org

Indonesien: Erkaltetes Lächeln

Indonesiens Ex-Präsident Suharto (1921-2008) war ein vom Westen hofierter Despot. Mit seinem Tod Ende Januar 2008 sähen seine Freunde auch gern die Vergangenheit zu Grabe getragen.

Rainer Werning

Am liebsten sah sich Hadji Mohamed Suharto als „Bapak“, als lächelnder Landesvater. Zum Lächeln hatte er wahrlich Grund: Unangefochten lenkte der Ex-General 32 Jahre lang (1966-98) die Geschicke Indonesiens, des größten und bevölkerungsreichsten Landes in Südostasien. Er genoss das zweifelhafte Privileg, der dienstälteste Diktator in der Region gewesen zu sein. Nicht von einer wütenden Menge wurde dieser „König“ aus seinem Palast gejagt wie im Frühjahr 1986 der philippinische Präsident Ferdinand E. Marcos. Nein: „Bapak“ trat am 21. Mai 1998 lächelnd zurück – genauer: beiseite. Unspektakulär übertrug er die Amtsgeschäfte seinem Stellvertreter und langjährigen Vertrauten, Bacharuddin Jusuf Habibie – ein für Diktatoren eleganter Abgang.

Blutiger Putsch

1965 war das Schicksalsjahr für Suharto: Die US-amerikanische Regierung schätzte die politische Situation in Indonesien als überaus kritisch ein. Präsident Lyndon B. Johnson befürchtete, nach Vietnam drohe Indonesien als nächster „Dominostein“ zu kippen und „kommunistisch“ zu werden. Der charismatische Staatsgründer Ahmed Sukarno, Indonesiens erster Präsident und ein selbsterklärter Antiimperialist, sollte kalt gestellt werden, weil er unter anderem engere Kontakte zur Volksrepublik China suchte. Vor allem die Kommunistische Partei Indonesiens, PKI, war Suharto und ausländischen Militärstrategen ein Dorn im Auge. Etwa drei Millionen Mitglieder zählte die PKI nach eigenen Angaben Mitte der 1960er Jahre. Sie war damit nach der Kommunistischen Partei Chinas und der KPdSU die weltweit drittstärkste kommunistische Partei. Unter dem Vorwand, eine Machtübernahme der PKI zu vereiteln, putschten sich Offiziere Anfang Oktober 1965 an die Macht. Die Details dieser aufrüttelnden Tage sind bis heute nicht einwandfrei geklärt. Doch unbestritten ist: Hauptnutznießer des Coups war Generalmajor Suharto, Kommandeur einer Eliteeinheit. Eine Zeitlang noch führten er und seine Kumpanen Sukarno am Nasenring durch die politische Manege. 1968 übernahm Suharto dann offiziell selbst das höchste Staatsamt – ein Aufstieg nach Maß.

1968 übernahm Suharto offiziell selbst das höchste Staatsamt – ein Aufstieg nach Maß.

Geboren wurde Suharto am 8. Juni 1921 in dem zentraljavanischen Dorf Kemusuk. Wenngleich er sich selbst als ein Kind armer Bauern bezeichnete, blieb seine familiäre Herkunft im Dunkeln. Da er eine relativ gute Ausbildung und die Nähe zu den lokalen Eliten genoss, vermutet sein australischer Biograph Robert Edward Elson, dass Suharto möglicherweise der illegitime Spross einer angesehenen Persönlichkeit gewesen war. Bereits als Neunzehnjähriger schloss sich Suharto der holländischen Kolonialarmee an. 1942, als Japan begonnen hatte, die verhassten Kolonialherren aus dem Land zu werfen, kommandierte er ein japanisches „Selbstverteidigungskorps“. Im Unabhängigkeitsjahr 1945 wurde Suharto Soldat der indonesischen Armee. Unauffällig machte er dort Karriere, stieg 1960 zum Brigadegeneral auf und wurde drei Jahre später Chef des strategischen Kommandos der Armee – ein Sprungbrett für seine steile politische Karriere.

Martialische „Neue Ordnung“

Innenpolitisch krempelte Suharto die Gesellschaft von Grund auf um. Schönfärberisch sprach er von der „Neuen Ordnung“, in der seine einstigen Kameraden eine Doppelfunktion ausübten: das Militär war fortan für die Landesverteidigung und für die soziale Befriedung im Innern zuständig. Offiziere besetzten Schlüsselpositionen in Verwaltung, Wirtschaft und sozialen Einrichtungen. Außenpolitisch stützte Suharto bedingungslos die westlich orientierte Staatengemeinschaft – von Australien über


Photo: US/gov

Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland bis zu den USA.

Zunächst aber begann das große „Reinemachen“. Oberstes Ziel: die Zerschlagung der PKI und sämtlicher mit ihr sympathisierender Organisationen.

In der US-amerikanischen Botschaft in Jakarta, dies belegen Dokumente des State Department und des Geheimdienstes CIA, liefen die Fäden der „Aufstandsbekämpfung“ zusammen. Mitarbeiter beider US-Behörden fertigten Listen von PKI-Kadern an, die es zu „eliminieren“ galt. Akribisch wurden die Namen derjenigen auf den Listen gestrichen, die getötet oder gefangen genommen wurden. Robert Martens, zu der Zeit Mitarbeiter in der politischen Abteilung der US-Botschaft in Jakarta, rechtfertigte diesen Staatsterrorismus später so: „Wir haben eine Menge Leute getötet, womöglich klebt auch an meinen Händen Blut. Doch so schlecht war all das nicht; denn es gibt Zeiten, wo man im entscheidenden Augenblick hart zuschlagen muss.“ Und hart schlug das indonesische Militär zu. Mindestens eine halbe Million Menschen – einige Quellen sprechen gar von weit über einer Million – fiel diesem bis dahin größten Gemetzel in Friedenszeiten nach dem Zweiten Weltkrieg zum Opfer. Die PKI wurde als politische Kraft physisch liquidiert. Einer Geröllawine gleich riss Suhartos „Neue Ordnung“ danach alles in den Abgrund, was noch Kritik wagte. Kritischen Intellektuellen, oppositionellen Gewerkschaftern, aufmüpfigen Journalisten und Schriftstellern wurde durch Schreib-, Rede- und Versammlungsverbot der Maulkorb verpasst. Tausende politischer Gefangener wurden auf die molukkische Insel Buru verbannt, wo sie ihr Überleben selbst organisieren mussten.

Suhartos Politik nannte der Sprachwissenschafter am Massachusetts Institute of Technology, MIT, und langjährige Kritiker der US-amerikanischen Außenpolitik, Noam Chomsky, „gutartigen Terror“. Gutartig deshalb, weil er im Namen von freedom & democracy exekutiert wurde. Beeindruckt von der neu gewonnenen „Freiheit und Demokratie“ in Jakarta zeigte man sich auch in der alten Bundesrepublik. „Der nach dem Ausscheiden Sukarnos begonnene Wandel in Staat und Gesellschaft ist in Indonesien noch nicht abgeschlossen“, kommentierte beispielsweise das Düsseldorfer Handelsblatt Anfang Januar 1970 in Erwartung lukrativer Geschäfte. Und es fuhr fort: „Suhartos Verdienst besteht darin, dass er diesen Wandel mit der Geschmeidigkeit und Geduld eines typischen Zentraljavaners ermöglicht hat. Ob er für „ewige Zeiten’ der Retter Indonesiens ist oder auch nur sein will, sei dahingestellt. Das widerspricht seiner Lebensart. Immerhin verfügt Suharto neben javanischer Geschmeidigkeit und Geduld auch über taktisches Gespür und notfalls Entschlossenheit, wie er das bei der Ausschaltung seines Vorgängers hinlänglich bewiesen hat.“

Beistand und Schützenhilfe aus dem Westen

Entschlossenheit imponierte auch bundesdeutsche Offiziere und Politiker. So zeigte man sich solidarisch mit dem Kollegen im fernen Indonesien: „Der Erfolg der indonesischen Armee, die (...) die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden“, kommentierte Reinhard Gehlen Suhartos Militärputsch, bis 1968 Präsident des Bundesnachrichtendienstes, BND, und während des Zweiten Weltkriegs in Hitlers Generalstab zuständig für die militärische Ostaufklärung. Und es war auch die Gehlen-Behörde in Pullach bei München, die indonesische Militärs mit Logistik und Waffen unterstützte und indonesische Agenten in Deutschland ausbildete. Auch militärische Elektronik wurde nach Indonesien geliefert, zum Beispiel über die Firma Telemit, die angeblich dem BND nahe stand. Die Geheimdienstkontakte zwischen beiden



Graphique: Times

Ländern gestalteten sich dermaßen freundschaftlich, dass der BND – nach Recherchen des ARD-Fernsehmagazins Monitor im Oktober 1996 – gar eine „legale Residentur“ in der Deutschen Botschaft in Jakarta einrichtete. Ihr Zweck: eine enge Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Suharto-Diktatur.

Über die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz gab es für die fernen Freunde – unter dem Etikett der „Drogenmissbrauchsbekämpfung” – Hilfestellung in Form von Ausbildungskursen für Offiziere an der Bundeswehrakademie Hamburg-Blankenese sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe GSG-9 in Hangelar bei Bonn. Auch militärisches Gerät, von Maschinenpistolen bis hin zu Fregatten aus Beständen der früheren Nationalen Volksarmee, fanden ihren Weg nach Indonesien. Ende Oktober 1996 flog der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl mit mehreren Ministern und 50 hochrangigen Vertretern der deutschen Wirtschaft nach Jakarta. Es ging ums liebe Geld, um die politisch-diplomatische Aufwertung des größeren Deutschland in Asien und um die Belebung einer alten Männerfreundschaft. Ein Resultat der Reise: Die zentraljavanische Textilfirma Sritex erhielt einen

Auftrag in Höhe von umgerechnet 10,4 Mio. US-Dollar für das Nähen von 500.000 Bundeswehruniformen.

Maßgeblichen Anteil an den engen deutsch-indonesischen Beziehungen hatte der germanophile Suharto-Intimus Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie. Habibie wurde nach seinem Studium an der Technischen Hochschule Aachen Direktor der Abteilung für angewandte Technologie des Rüstungsproduzenten Messerschmitt-Bölkow-Blohm in München. 1974 wurde er nach Indonesien zurückgerufen, 1976 zum Minister für Wissenschaft und Technologie ernannt. Seit dieser Zeit besetzte Habibie sämtliche wichtigen Posten im rüstungsindustriellen Bereich. Unter seiner Patronage fiel der Rüstungsindustrie eine Schlüsselrolle in der Industrialisierungs-strategie Indonesiens zu.

Vom Westen geschätzt wurden Suharto und seine Gefolgsleute wegen ihrer ökonomischen Erfolge. Die 1.000-prozentige Inflationsrate wurde auf ein zweistelliges Niveau gedrückt, verstärkt wurden Investoren angelockt. Die Infrastruktur wurde ausgebaut, das Gesundheits- und Schulwesen reformiert und die hohe Geburtenrate drastisch gesenkt. Als bedeutsamer Öllieferant und mächtiges Mitglied in der Organisation Erdöl exportierender Staaten, OPEC, profitierte das Inselreich zeitweilig vom Ölboom. Doch die Kluft zwischen Arm und Reich blieb. Hinzu kam eine mafiose Doppelwirtschaft: Einerseits betrieb das Regime eine kapitalistische Ökonomie mit standardisierter Buchführung, zum anderen praktizierte es eine Art Voodoo-Wirtschaft. Binnenressourcen – Kapital und Naturschätze wie Erdöl, Holz und Mineralien – sowie Devisen wurden kleptomanisch als Beute unter dem Präsidenten, seiner Frau, die im Volksmund „Madame Zehn Prozent" hieß, seinen sechs Kindern sowie loyalen Gefolgsleuten aufgeteilt: nach Schätzungen des Londoner Wirtschaftsmagazins The Economist umgerechnet 30 Milliarden US-Dollar.



Photo: Afp

Politisch hatte Suharto keine ernst zu nehmenden Gegner zu fürchten. Im Parlament kündigte er noch im März 1998 an, zum siebten Mal für eine weitere fünfjährige Amtszeit als Präsident zur Verfügung zu stehen.

Krieg und Aufstandsbekämpfung

Suharto operierte wie ein dalang im javanischen Schattenspiel: Er war Puppenspieler und Erzähler in einer Person und wähnte sich als Magier der Macht. Hybris zeichnete das Regime des Ex-Generals und ausgesprochenen Darling der „westlichen Wertegemeinschaft" aus, als er im Zenith seiner Macht die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor okkupierte. Menschen- und Bürgerrechtsorgani-sationen wie Amnesty International und Human Rights Watch sprachen von Völkermord: Von 1975 bis 1998 starben über 200.000 Menschen der etwa 800.000 Einwohner zählenden Bevölkerung Osttimors infolge der Besatzungspolitik durch indonesisches Militär. In freien Wahlen hatten sich die Osttimoresen mehrheitlich für die Unabhängigkeit ausgesprochen und der Befreiungsbewegung Fretilin zur Macht verholfen. Gerade mal neun Tage überlebte die Demokratische Republik Osttimor, als Jakarta am 7. Dezember 1975 den Befehl zur Invasion gab. Ungestraft setzte sich Jakarta über alle Bedenken hinweg, annektierte Osttimor 1976 völkerrechtswidrig als 27. Provinz Indonesiens und ignorierte sämtliche UN-Resolutionen, die ein Ende der indonesischen Besatzung forderten.

Unbehelligt von internationaler Aufmerksamkeit und Kritik führte das Suharto-Regime von 1989 bis zum Abgang des Diktators auch Krieg in der an Erdöl- und Erdgasvorkommen überaus reichen Region Aceh im Norden der Großen Sundainsel Sumatra. Aceh wurde das Versuchslabor zur Erprobung sämtlicher Methoden der „Aufstandsbekämpfung". Mindestens 12.000 Tote forderte dieser „heimliche" Krieg. Die Tragik wiederholte sich: Seit Mitte Mai 2003 führte das Militär – ganz im Geiste seines langjährigen Mentors Suharto – dort erneut Krieg, obwohl sich die beteiligen Gruppierungen auf einen Dialog geeinigt hatten. Diesmal mit der Begründung, den Einheitsstaat zu retten und den „Terrorismus" zu bekämpfen.

Politisch hatte Suharto keine ernst zu nehmenden Gegner zu fürchten. In dem von ihm geschurigelten Parlament kündigte er noch im März 1998 – sechs Wochen vor seinem politischen Ende – an, zum siebten Mal für eine weitere fünfjährige Amtszeit als Präsident zur Verfügung zu stehen. Was dem Regime zum Verhängnis wurde, waren der „Terror der Ökonomie" und daraus resultierende soziale Konflikte. Als im Sommer 1997 Südost- und Ostasien von einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise erfasst, Milliardenbeträge aus der Region abgezogen und aggressiv gegen dortige Währungen spekuliert wurde, brach Indonesiens vermeintliche Boomwirtschaft wie ein Kartenhaus zusammen.

Banken gingen wegen fauler Kredite pleite, Firmen schlossen ihre Werkstore, die Landeswährung Rupiah verwandelte sich in Monopoly-Geld. Aus Wut und Verzweiflung über die drastische Verteuerung von Lebensmitteln wurden Märkte gestürmt und Kaufhäuser geplündert. Wer genügend Devisen besaß, setzte sich wegen des Ausnahmezustands kurzerhand ins benachbarte Singapur ab. Übergriffe gegen die chinesische Minderheit häuften sich; wieder einmal galt sie als Sündenbock für die Misere.

„Terror der Ökonomie"

Der Australier Dr. Kevin O'Reilly, der langjährig im Jakarta-Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten zuständig war und die Sektion Feldforschung und Analyse leitete, erklärte in einem Interview mit dem Autor: „Eine tiefe wirtschaftliche Krise erschütterte das Land. Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit grassierten. Die Inflation wuchs rasant, und die Rupiah wurde fünf, sechs, sieben Mal abgewertet. Notwendige Einfuhren verteuerten sich. Heute sind 20 Prozent der Menschen in Indonesien, also das ärmste Fünftel der Bevölkerung, abhängig von Nahrungsmittellieferungen des Welternährungspro-gramms der Vereinten Nationen. Die meisten Menschen haben einen täglichen Kalorienverbrauch, der weniger als 70 Prozent des Niveaus beträgt, das laut der Weltgesundheitsorganisation, WHO, für ein normales Leben notwendig ist – unter humanitärem Gesichtspunkt eine Katastrophe."

„Indonesien leitet beherzt ... wirtschaftliche Reformen ein", schrieb noch am 3. November 1997 die Frankfurter Allgemeine Zeitung, um besorgte Anleger zu beruhigen. Und: „Die Tigerstaaten räumen auf", hieß zum Jahresbeginn 1998 im Düsseldorfer Handelsblatt, während internationale Wirtschaftsmagazine noch kurz zuvor vom raschen und großen Geld in Indonesien schwadroniert hatten. Selbst bis zum Frühjahr 1998 präsentierte die Weltbank das Land auf ihrer Homepage als ökonomischen Musterknaben – als sei zwischenzeitlich nichts geschehen. Großbanken und mit Länderanalysen befasste Rating Agencies gerieten kurz darauf in Panik. Weltbankpräsident James D. Wolfensohn und das damalige Spitzenduo des Internationalen Währungsfonds, Michel Camdessus und Stanley Fischer, jetteten zur Schadensbegrenzung mehrfach nach Jakarta. Dort mahnten sie die Regierung, westlichen „Empfehlungen" nachzukommen. Andernfalls drohe das mit einer Auslandsverschuldung von annähernd 140 Milliarden US-Dollar bei seinen Gläubigern in der Kreide stehende Land in Chaos zu versinken. Zu diesen „Empfehlungen" zählten unter anderen: Die geltende Höchstgrenze einer 49-prozentigen ausländischen Kapitalbeteiligung an indonesischen Unternehmen aufzuheben; den Großhandel schrittweise für Ausländer zu öffnen; das Bankwesen gänzlich neu zu ordnen und über 80 avisierte Großprojekte der Regierung auf Eis zu legen. Suharto blieb in dieser Situation nichts anderes übrig als einzulenken. Unvergessen die Szene, da IWF-Chef Camdessus mit verschränkten Armen in selbstgefälliger Siegerpose darüber wachte, dass der angeschlagene Präsident seine Unterschrift unter den Deal setzte – und damit auch das Ende seiner Amtszeit besiegelte.

Kein Land in Südostasien trudelte damals so tief in die wirtschaftliche Malaise wie Indonesien. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen sackte von umgerechnet über 1.000 auf etwa 300 US-Dollar. Seit 1997 verloren etwa 40 Millionen Indonesier ihren Job. Die noch Arbeit hatten, büßten mindestens ein Drittel ihres Lohns ein. 160 Millionen Indonesier, 70 Prozent davon in den ländlichen Regionen, lebten unterhalb des von der Weltbank als Armutsgrenze festgesetzten Niveaus. Das hieß, sie mussten mit umgerechnet weniger als zwei Dollar täglich über die Runden kommen. Jakarta brachte 40 Prozent seines Haushaltsbudgets und 60 Prozent seiner Steuereinnahmen für den Schuldendienst auf. Für Bildung, Gesundheit und bessere Umweltbedingungen blieb praktisch kein Geld übrig. Begleitet wurde die rasant gewachsene Massenarmut in Stadt und Land von interethnischen, interreligiösen und kommunalen Konflikten.

Ende September 2000 wurde Suharto ärztlich attestiert, nicht vernehmungs- und haftfähig zu sein.

Bereits Ende September 2000 wurde Suharto ärztlich attestiert, nicht vernehmungs- und haftfähig zu sein. Gegen ihn angestrengte Verfahren wegen Korruption und Amtsmissbrauch verliefen im Sande. Eine Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde nie gegen ihn erhoben. Vielmehr erklärte der Oberste Gerichtshof den Ex-Diktator im Jahre 2006 endgültig zu einem freien Mann und hob ein Ausreiseverbot auf. Fortan genoss er Immunität und verbrachte – gänzlich unbehelligt von nationalen und internationalen Strafverfolgern – seinen Lebensabend in Jakartas Nobelviertel Menteng. Statt Aufarbeitung der Vergangenheit galt Amnesie als Staatstugend: Sind nämlich die Opfer vergessen – besser: vergessen gemacht worden – und aus dem Blick geraten, verschwindet mit ihnen auch der Gedanke einer historischen Alternative zum Opfer fordernden Verlauf der Geschichte. Ein Jahrzehnt nach dem Ende Suhartos sind die Architekten seiner Ära noch immer auf freiem Fuß. Der 86-Jährige selbst schloss infolge eines mehrfachen Organversagens am 27. Januar 2008 für immer seine Augen. ■

Rainer Werning ist Publizist und Ostasienexperte.

Klimakonferenz in Bali: Eine Nachlese aus NRO-Perspektive

Von tiefer Enttäuschung bis zu verhaltenem Optimismus - die Klimakonferenz in Bali hat ein zwiespältiges Echo nicht nur in der internationalen Presse, sondern auch in der Szene der Nichtregierungsorganisationen (NRO) ausgelöst. „Climate Justice" – so lautet das neue Schlüsselwort der Bewegungen.

Dietmar Mirkes

Generell positiv sehen fast alle beteiligten NROs die Tatsache, dass der Verhandlungsprozess überhaupt weitergeht und es aller Voraussicht nach einen Folgevertrag geben wird. Auch einzelne Detailregelungen werden begrüßt. Doch dass es weder ein klares „Temperaturziel" gibt – keine 2° Celsius wärmer als vor der Industrialisierung – noch klare Reduktionsziele bei den Treibhausgasen, wird weitgehend als „Scheitern" der Verhandlung beurteilt. Friends of the Earth International drückt eine „tiefe Enttäuschung" aus, Sunita Nahrain vom indischen CSE spricht von der „mother of all no-deals" und Greenpeace von „fehlender Substanz". Dass die vom Weltklimarat vorgegeben Reduktionsziele nur als Fußnote auftauchen, erscheint vielen symptomatisch, wird aber zum Beispiel von GermanWatch gerade noch positiv gesehen, weil sie damit eben doch noch als Ziel im Raum stehen.

Sehr problematisch sehen fast alle NROs und Entwicklungsländer die große Lücke zwischen den Reduktionszielen, mit denen sich einzelne Länder und die EU schmücken, und der Realität : Denn trotz hehrer Ziele sind die Emissionen in den westlichen Industrieländern tatsächlich von 1990 bis 2005 insgesamt um 11 % gestiegen.



Photo:Thomas Brose/Intern. Klimabündnis

Zum Clean Development Mechanismus

Für Bali hatte der Dachverband Climate Action Network International grundlegende Reformen des CDM (Clean Development Mechanismus) gefordert. So sollten die Validierer durch das Zufallsprinzip ausgewählt und von den nationalen CDM-Boards beauftragt werden, sowie die Zusätzlichkeit und der Nachweis des Beitrags zur nachhaltigen Entwicklung der Projekte schärfer kontrolliert werden. Auch sollten öffentliche Entwicklungsprogramme zugelassen und die HCFC-Projekte in Chemiefabriken, sowie andere Projekte die negative Anreize setzen, mittelfristig beendet werden. In die gleiche Richtung gingen im Übrigen auch die ASTM-Forderungen nach der Rentrée im Oktober 2007. Doch die grundsätzliche Kritik der NROs wurde am Ende kaum berücksichtigt.

Andererseits wurde der Schutz bestehender Wälder – dies gilt vor allem für Regenwälder – als mögliche neue CDM-Methode in den Bali-Aktionsplan aufgenommen, und es wurden dazu Pilotprogramme beschlossen. Dies ist eine alte Forderung der indigenen Verbände, und Thomas Brose vom Internationalen Klimabündnis sieht dies als Chance, den Beitrag der indigenen Völker zum Erhalt

des Regenwaldes anzuerkennen, zumal auch eine Kofinanzierung über einen Fonds (und nicht über CDM) möglich erscheint. Das Rainforest Movement weist allerdings darauf hin, dass die Mitspracherechte der Indigenen hier bislang noch fehlen und außerdem die Tatsache, dass Monokulturen weiterhin berücksichtigt werden, ein großes Risiko darstellt.

GermanWatch weist in seiner sehr detaillierten Bali-Analyse darauf hin, dass die zur Erreichung des 2° Celsius-Limits notwendige Halbierung der globalen Emissionen bis 2050 nur machbar ist, wenn auch die Schwellenländer sich Reduktionszielen unterwerfen. Beim CDM in seiner jetzigen Form werden aber alle Reduktionen, die in Entwicklungsländern erreicht werden, den Industrieländern gutgeschrieben – ein Null-Summenspiel, das mit dem 2° Celsius-Limit nicht vereinbar ist.

Keinerlei Einberechnung gibt es nach wie vor für die Emissionen der Schiffe und Flugzeuge, und dies, obwohl die Fliegerei die am schnellsten wachsende Verkehrsart ist. Wenig Konkretes gibt es auch bei den erneuerbaren Energien, obwohl viel von Technologie-Transfer gesprochen wird.

Schwellenländer bereit zu Reduktionszielen

Eine der positivsten Entwicklungen in Bali war - trotz der steigenden Emissionen in den Industrieländern – die Erklärung Südafrikas, Mexikos, Brasiliens, Chinas und Indiens, prinzipiell bereit zu sein, angesichts der Notwendigkeit in Zukunft „angemessene Klimaschutzmaßnahmen in einer messbaren, berichtsfähigen und überprüfbaren Art und Weise“ zu unternehmen. Sie erwarten als Unterstützung dafür vor allem offenere Technologie-Transfers - ein einseitiges Entgegenkommen, obwohl Pro-Kopf-Rechte bei den Verhandlungen (noch) keine Rolle gespielt haben und obwohl dem kein Einlenken der USA als Gegenleistung gegenüberstand.



Photo:Thomas Brose/Intern. Klimabündnis

▲ *Indonesische Umweltaktivisten vor dem Eingang der Klimakonferenz in Bali: mehr als 10.000 Delegierte aus 180 Ländern berieten über Maßnahmen zur Verringerung der Klimaerwärmung.*

Es ist mittlerweile unbestritten, dass vielen armen Ländern finanziell stärker geholfen werden muss, damit sie mit den Folgen des Klimawandels fertig werden. In Bali wurden wichtige Entscheidungen über das Management des entsprechenden Fonds getroffen (er wird bisher gespeist aus einer 2%-Abgabe aus den CDM-Projekten, was aber bisher viel zu wenig gebracht hat). Im Verwaltungsrat des Anpassungs-Fonds sind die Entwicklungsländer in der Mehrheit und im Leitungsgremium sind, mit Bangladesh, nun auch die Least Developed Countries vertreten. Kleine Inselstaaten und afrikanische Länder drängen darauf, dass der Anpassungsfonds zukünftig nicht nur aus CDM-, sondern auch aus Joint Implementation-Projekten und dem Emissionshandel zwischen den Industriestaaten gespeist (also aufgestockt) wird. Nach Lage der Dinge drängt sich die Erwartung auf, dass der Anpassungsfonds an Bedeutung gewinnen wird, weil sich die Industrieländer mit realen Reduktionen so schwer tun.

Und die Perspektiven ?

Insgesamt klaffen also die Einschätzungen des NRO-Lagers und die der beteiligten Politiker weit auseinander, welche offenbar reflexartig jedes Verhandlungsergebnis, an denen sie mitgewirkt haben, als Erfolg verkaufen. Einige Kommentatoren, so zum Beispiel der renommierte Ökologe Udo Simonis oder die englische Tageszeitung „Guardian", vergleichen Bali mit Kyoto. Es laufe immer noch das gleiche Ritual ab: Die USA stellen von Anfang an inakzeptable Bedingungen (damals hieß der Vize-Präsident übrigens Al Gore), so dass man dann gerade noch so zu einem lauen Kompromiss kommt und diesen dann am Ende doch als Erfolg verkauft: „C'est à se demander si nos ministres ne sont pas fabriqués en série." (so der Londoner Guardian, zitiert im Courrier International).

Die Unterschiede in den Rahmbedingungen zwischen Kyoto und Bali sind jedoch gravierend : das Wissen um den Klimawandel ist viel größer (in Kyoto hielt man ihn noch für abwendbar), die zwischenzeitlich erreichten Reduktionen sind sehr gering und obwohl das Thema „Klimawandel" im Jahr 2007 mit den IPCC-Berichten und dem Friedensnobelpreis so hell wie noch nie zuvor im Scheinwerferlicht der internationalen Öffentlichkeit stand, sind in Bali derart magere Ergebnisse herausgekommen.

K. Dietz und A. Brunnengräber bemängeln zurecht (W&E 01/jan 08), daß hier eine grundlegende sozioökonomische Wirkungsanalyse fehlt, wieso trotz Kyoto I die Emissionen weiter steigen, warum Kyoto die erneuerbaren Energien so wenig gefördert hat und was die flexiblen Mechanismen bisher überhaupt gebracht haben. Sie sehen im Emissionshandel eine gewollte Verschiebung von der nationalen hin auf die internationale Ebene (weil die Maßnahmen dort nicht weh tun).

Sunita Nahrain vom CSE in Indien stellt sich – wie Simonis - die Frage, wie man endlich dieses Fangenspielen mit den USA beenden und sie wirklich unter Druck setzen kann. Und auch Greenpeace bemerkt, dass sich die USA von Papua-Neuguinea unter dem tosenden Beifall des Plenums sagen lassen mussten: „Führt uns, folgt uns oder geht uns aus dem Weg!"

Klar geworden ist, dass man wohl von Regierungsdelegationen nicht viel mehr erwarten konnte. In dem Schneckentempo wird das 2°Celsius-Limit nicht zu halten sein. Es bedarf eines deutlich stärkeren Drucks der Zivilgesellschaft auf ihre Regierungen, die Reduktionsziele zu verschärfen, zu präzisieren und die genannten Ziele auch in die Politik umzusetzen.

Auf den beiden nächsten Klimagipfeln in Posen (Dezember 2008) und Kopenhagen (Dezember 2009) wird es um Zahlen gehen, und dabei werden die Schwellenländer Emissionsplafonds nur akzeptieren, wenn gleichzeitig auch über Pro-Kopf-Rechte und deren perspektivische Angleichung gesprochen wird. Das Spannungsverhältnis zwischen Recht auf Entwicklung und globalem Klimaschutz muss in konkreten Zahlen ausgedrückt werden. Ohne den nötigen Druck von unten geht das nicht. Farah Sofa von der indonesischen Umweltorganisation WALHI (FoE) sagt : „Der größte Erfolg dieses Klimagipfel besteht darin, dass es einen wichtigen Schritt hin zu einer weltweiten Bewegung für Klimagerechtigkeit gab."

Es wird die nötige und spannende Aufgabe der nächsten beiden Jahre sein, einen fruchtbaren Diskurs zwischen den Kyoto-Verteidigern und den Kyoto-Kritikern innerhalb des NRO-Lagers zu führen, um von unterschiedlichen Positionen aus mit vereinten Kräften die Akzeptanz für die notwendigen Reduktionsmaßnahmen in der Bevölkerung herzustellen, sowie den Druck auf die Regierungen zu erhöhen. ■

Dietmar Mirkes ist Mitglied der ASTM.

zoom

Climate justice now !

Während der Konferenz haben eine Anzahl von sozialen Bewegungen und Gruppen sich zur Koalition „Climate Justice Now !" zusammengeschlossen und eine weltweit engere Zusammenarbeit beschlossen. Sie begreifen die Klimaverhandlungen grundsätzlich in einem weiteren Nord-Süd-Kontext und lehnen etliche Elemente des Kyoto-Protokolls als „falsche Lösungen" ab, wie zum Beispiel Kompensation, Emissionshandel mit Senken und Agrotreibstoffe. Sie fordern :

- reduced consumption.
- huge financial transfers from North to South based on historical responsibility and ecological debt for adaptation and mitigation costs paid for by redirecting military budgets, innovative taxes and debt cancellation.
- leaving fossil fuels in the ground and investing in appropriate energy-efficiency and safe, clean and community-led renewable energy.
- rights based resource conservation that enforces Indigenous land rights and promotes peoples' sovereignty over energy, forests, land and water.
- sustainable family farming and peoples' food sovereignty.

Der neue UN-Bericht: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt

Wer sich ein umfassendes und sehr menschliches Bild von den gegenwärtigen weltweiten Auswirkungen des Klimawandels machen will, kommt am „Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/08“ nicht vorbei.

Dietmar Mirkes

Erschienen Anfang Dezember 2007 - kurz vor dem Klimagipfel in Bali - ist diesmal der gesamte Textteil von 280 Seiten dem Thema „Den Klimawandel bekämpfen : Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt“ gewidmet. Der übliche Tabellenanhang zu den diversen Indizes der menschlichen Entwicklung liefert die Zahlenbasis dazu. Gegliedert in vier Hauptkapitel, und mit zahlreichen Graphiken, Kästchen und reportageartigen Einschüben und Zitaten unterbrochen, ist das voluminöse Werk bei näherer Betrachtung doch sehr gut lesbar, wobei die Kapitel 1, 2 und 4 viel über das Nord-Süd-Verhältnis enthalten.

Als Herausforderung des 21. Jahrhunderts steht die ungleiche Verantwortung für den Klimawandel im Mittelpunkt. Der UN-Bericht spannt den Bogen zwischen Einzelfällen, die aber keinesfalls willkürlich ausgesucht sind, und den großen Zusammenhängen. Auf Aussagen wie „auf die Gruppe der Länder mit niedrigen Einkommen entfallen ein Drittel der Weltbevölkerung, aber lediglich sieben Prozent der Emissionen“ folgen prägnante Beispiele, wie z.B. „ein durchschnittlicher Geschirrspüler in Europa emittiert in einem Jahr ebensoviel CO_2 wie drei Äthiopier.“

Risiken und Anfälligkeiten

Kapitel 2 des Berichts beschäftigt sich mit Risiken und Anfälligkeiten in einer ungleichen Welt. Dabei geht es um den entscheidenden Unterschied zwischen beiden Begriffen : „Menschen, die im Ganges-Delta oder im unteren Teil Manhattans leben, sind den gleichen Überschwemmungsrisiken durch den steigenden Meeresspiegel ausgesetzt. Doch sie sind nicht gleichermaßen anfällig. Der Grund dafür ist, dass im Ganges-Delta die Armut sehr hoch ist und der Schutz durch Infrastruktur sehr niedrig.“

Natürlich ist der Klimawandel nicht für jede Dürre oder Überschwemmung verantwortlich, aber in weiten Teilen der Welt doch für deren Zunahme an Intensität. Das Buch illustriert sehr genau, wie eine größere Überschwemmung eine Familie ins Elend stürzen kann, die vorher bereits am Existenzminimum gelebt hat. Intsar Husain aus Bangladesh wird mit den Worten zitiert: „Es gibt jetzt mehr Überschwemmungen, und die Flussufer werden schneller weggewaschen. Wir können nirgendwo hin. Mein Grundstück liegt jetzt im Fluss, ich habe nichts mehr.“

Ein individuelles Schicksal, das auch ganze Inselstaaten treffen kann: „Ohne Anpassungsmaßnahmen entspricht die jährliche Schadensrechnung in Kiribati einer Schätzung zufolge etwa 17 bis 34% des Bruttoinlandsproduktes.“

Anpassung ans Unvermeidliche

Das vierte Kapitel des Berichtes beschäftigt sich mit der Anpassung an das Unvermeidliche. Dabei warnt Desmond Tutu vor einer „Anpassung-Apartheid“: „Anpassung (...) sieht an unterschiedlichen Orten ganz unterschiedlich aus. Die einen können sich auch an extremste Wetterverhältnisse anpassen, durch einfaches Drehen am Thermostat. Aber wie passt sich ein unter Plastikplanen und Wellblech lebender Slumbewohner in Port-au-Prince an die Bedrohung durch noch heftigere Wirbelstürme an?“

Erwartungsgemäß endet der UN-Bericht dort, wo eine Analyse der länderinternen und globalen Machtverhältnisse anfangen müsste. Dennoch ist das Werk sehr zu empfehlen für alle die sich ein Bild von den verheerenden Konsequenzen des Klimawandels machen wollen. ■

Die einen können sich auch an extremste Wetterverhältnisse anpassen, durch einfaches Drehen am Thermostat. Aber wie passt sich ein unter Plastikplanen und Wellblech lebender Slumbewohner in Port-au-Prince an die Bedrohung durch noch heftigere Wirbelstürme an?

Dietmar Mirkes ist Mitglied der ASTM. Der UN-Bericht ist im Centre d'Information Tiers Monde ausleihbar. Man kann ihn auch als PDF herunterladen bei http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2007-2008.

Kurznachrichten

Mexiko: Tausende Bauern gegen Freihandel

Tausende mexikanische Bauern gingen in einer landesweiten Aktion auf die Straße, um gegen die völlige Liberalisierung des Agrarmarktes zwischen den USA, Kanada und Mexiko zu protestieren. Dabei wurde in der Hauptstadt ein Traktor angezündet und die Börse teilweise mit einer Herde Kühe blockiert. Sie fordern den Rücktritt des Agrarministers Cardenas. Seit Beginn 2008 sind die letzten Zollbarrieren innerhalb der NAFTA (North American Free Trade Agreement) gefallen, die die mexikanischen Bauern bislang vor der Konkurrenz der subventionierten Agrarprodukte aus dem Norden geschützt haben.





Tasmanien: Aborigines erhalten Entschädigung

Die neue Labour-Regierung Australiens unter Premierminister Kevin Rudd ist zu einer formellen Entschuldigung gegenüber den Aborigenees bereit; von Entschädigungszahlungen will sie aber trotzdem nichts wissen. Diese hat nun sein Parteikollege Paul Lennon (im Bild), der Premier des australischen Bundesstaates Tasmanien angekündigt. In seinem Bundesstaat sollen Zahlungen von rund 3 Millonen Euro an die Minderheit gehen. Der Großteil der Empfänger gehört der sogenannten „Stolen Generation“ an, die im Kindesalter von ihren Eltern getrennt wurden und in weißen Familien aufwuchsen.

UNHCR: Spendenaufruf an die Regierungen

Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) benötigt für den Schutz von Binnenvertriebenen in diesem Jahr zusätzlich 61 Millionen Euro. Das Geld wird besonders dringend für die humanitäre Hilfe in sechs afrikanischen Staaten sowie in Kolumbien benötigt. Der Zahlungsaufruf richtet sich an die Regierungen, weitere Finanzmittel bereitzustellen. Unmittelbaren Handlungsbedarf sieht UNHCR in der Demokratischen Republik Kongo (DRC), sowie in Kolumbien, im Tschad, in Uganda, in der Zentralafrikanischen Republik, in Liberia und an der Elfenbeinküste.





Nepal: Protest der Tieflandbewohner

In Nepal steht die Wahl des Verfassungskonvents unter einem schlechten Stern. Wurde der Termin für den Urnengang in der Vergangenheit bereits dreimal verschoben, drohen nun Parteien und Gruppen im Süden des Landes den Wahlprozess zu stören, sollten die Regierungsparteien den Forderungen der Tieflandbewohner in den Wind schlagen. Die Menschen der Region wollen auf ihre Benachteiligung gegenüber der Bergbevölkerung aufmerksam machen. Sie weisen darauf hin, dass sie in der Regierung und in den Behörden, entweder unterrepräsentiert oder gar nicht vertreten sind.

Nouvelles des partenaires ▶

Mission au Brésil: quoi de neuf chez nos partenaires?

Fin novembre, nous avons rendu visite à notre partenaire l'ANACOP (Association nationale d'Appui aux Communautés Populaires) afin de suivre le projet en cours et de discuter d'un nouveau projet. Nous avons également saisi cette opportunité pour visiter l'autre partenaire au Brésil, le MST (Mouvement des Sans terre).

Monique Langevin

Au Brésil, l'ANACOP travaille dans des municipalités rurales et urbaines réparties dans 10 États où les populations ont de très faibles revenus. Son objectif: créer un réseau de solidarité dans des quartiers pauvres, afin de faire face à l'incapacité de l'Etat à résoudre des problèmes majeurs, tels que la violence, le chômage, la marginalité, la drogue et l'exclusion sociale. L'ANACOP propose aux individus de s'organiser eux mêmes afin de palier à la très grande précarité dans laquelle ils vivent. Elle privilégie en particulier l'organisation des jeunes, et promeut l'organisation de micro-actions de production économique qui permettent déjà de faire vivre des centaines de familles.

Fin novembre, avec Pieca Wallerand, bénévole responsable des projets au Brésil, nous avons rendu visite à l'ANACOP (Association nationale d'Appui aux Communautés Populaires) afin de discuter du nouveau projet[1] qui devrait commencer en septembre et de suivre le projet en cours. Nous avons aussi saisi cette opportunité pour visiter le MST (Mouvement des Sans terre).

Visite chez ANACOP

Le siège principal de l'ANACOP se situe à Feira da Santana dans l'Etat de Bahia, à une centaine de kilomètres de Salvador. Nous avons été accueillies à la Maison Communautaire d'ANACOP par les 19 dirigeants des différents états qui avaient mis leur vie quotidienne et leur travail en suspens pour se dédier entièrement et à plein temps à notre mission.

Nous avons constaté avec plaisir que le Mouvement prend de l'ampleur et que les jeunes sont de plus en plus nombreux à participer. Parmi les 6 membres du conseil d'administration, 4 sont des jeunes (environ une vingtaine d'années). Aujourd'hui, ils sont près de 500 à être engagés dans l'organisation d'activités diverses, sans compter ceux qui bénéficient de ces activités. Les jeunes représentent 40% des membres du Mouvement. Le souci de "qui va prendre le relais" n'a plus lieu, ce qui est réconfortant quant aux perspectives de durabilité du projet.

Une journée a été consacrée à l'évaluation du projet en cours qui finira en avril 2008. Notre visite a permis de répondre très rapidement à quelques questions. Par exemple, ils avaient besoin de notre accord pour remplacer l'achat d'une voiture communautaire par la construction d'un bâtiment qui abritera les activités économiques (l'épicerie et l'atelier de fabrication de sandales et sacs) à Feira de Santana. Les montants étant les mêmes, cela ne posait pas de difficultés, mais il était important de connaître les raisons de ce changement. C'est dans cette maison à Feira que se déroulent les grands rassemblements (plusieurs centaines de participants parfois), l'atelier et l'épicerie sont alors transformés en dortoirs ce qui empêche les activités économiques tellement indispensables, de se dérouler. Ils continueront donc à louer une voiture pour transporter les marchandises !



Photo: ASTM

▲ *Réunion de travail avec les responsables d'ANACOP à Feira de Santana.*

Un nouveau projet

Le reste du temps a été dédié au nouveau projet. Nous en avions reçu une proposition auparavant. C'est donc sur cette base que nous avons pu discuter aussi bien du contenu que du budget.

Par rapport à la 1ère présentation qui datait de septembre, un changement d'importance était intervenu: le secteur des jeunes nous a fait part de son projet de créer une Ecole de Formation Communautaire, qui devrait permettre de se former à la vie communautaire, tout en évitant la marginalisation, les drogues, la violence. C'est une école „de la vie“ où les jeunes auront la possibilité d'apprendre un métier, l'exercice de leur citoyenneté, la responsabilité communautaire, la conscience politique, etc. Le projet est très intéressant, car il illustre l'engagement de ces jeunes et leur sens des responsabilités à l'égard de leur communauté et vis-à-vis de leur propre avenir. Le projet est élaboré par et pour eux-mêmes et répond à leurs propres besoins.

Comme la demande budgétaire est importante, ils avaient déjà étudié un réaménagement du budget prévu pour le projet total, afin de pouvoir y inclure ce volet. Il faut noter que cette proposition avait déjà été étudiée et approuvée par le Conseil d'administration, cela n'attendait plus que notre avis, et si possible notre accord.

Nous avons pu prendre tout le temps nécessaire pour discuter des objectifs, des activités à mener, du budget, etc. et ainsi être à même d'élaborer, avec eux, le cadre logique du projet.

Ce fut un travail de longue haleine. Parfois, la fatigue prenait le dessus et l'on voyait quelques paires d'yeux se fermer, mais nous avons insisté sur le fait qu'un cadre logique élaboré sur place est une garantie pour eux que le message passe et un soulagement pour nous qui devons le transmettre ensuite au Ministère des Affaires Etrangers à Luxembourg.

Il n'a pas été évident de définir les objectifs globaux et spécifique, pas plus que les IOV - indicateurs objectivement vérifiables - mais nous avons pris le temps d'aller au fond des choses et de leur demander à chaque fois si nous avions bien compris ce qu'ils voulaient et où ils voulaient arriver.

Ils ont entendu nos questionnements, nos doutes et nos remarques, mais ont apprécié que nous les écoutions et que nous respections et comprenions leur travail.


Photo: ASTM

▲ *La fabrication de sacs fait partie des activités économiques d'ANACOP.*

Chez les travailleurs ruraux

Le Mouvement des travailleurs ruraux sans terre (MST), fondé en 1984, est aujourd'hui un des mouvements de résistance au libéralisme les plus organisés du monde. Le MST compte 15 000 militants. Grâce à ses dizaines d'écoles de formation et à des accords avec diverses universités, le mouvement est aujourd'hui en mesure de former ses propres spécialistes et techniciens. Considérant que le modèle de réforme agraire classique a été vidé de son contenu, il propose au gouvernement brésilien un plan à moyen et long terme pour l'agriculture brésilienne, en lien avec un nouveau type de réforme agraire.

Il n'y avait pas de raisons impérieuses pour aller voir le MST, étant donné que le projet a commencé en 2006. Mais nous avons profité de cette mission auprès de l'ANACOP pour leur rendre visite car il est toujours intéressant et utile de rencontrer les partenaires afin de voir leur évolution et de discuter directement avec les dirigeants. Pour moi, c'était la 5ème fois que je visitais le MST, la 1ère étant au moment où nous avons commencé à appuyer les activités dans le Pernambuco, en 1994. A cette époque, le MST dans cet état du nord est du Brésil, ne comportait que 11 assentamentos dans une région unique. Maintenant ce sont 183 assentamentos qui ont été créés, répartis en 15 régions et dans lesquels vivent 12 500 familles.

Nous avons poursuivi notre collaboration en finançant à plusieurs reprises des actions qui consistaient à assurer le fonctionnement du mouvement, un appui institutionnel en quelque sorte.

Le projet actuel s'inscrit dans le


Photo: ASTM

L'acampamento de „Serra dos Quilombos" se dresse au milieu des monocultures.

cadre de l'implantation d'une nouvelle organisation du MST-Pe, qui a pour but la décentralisation des activités et le renforcement des structures dans les 15 régions et les 42 micro régions. En dépit de sérieuses difficultés financières, cette nouvelle organisation porte déjà ses fruits. La communication se fait plus facilement entre les bases et la coordination, ce qui facilite le travail et le rend plus efficace, répondant de plus près aux vrais besoins des familles installées dans les campements et les assentamentos.

Convaincre les paysans

En ce qui concerne le travail concret du secteur Production, Claudio da Silva - le dirigeant responsable du secteur production - a signalé les difficultés qu'il y avait à inciter les assentamentos à produire de manière écologique. Il faut convaincre les paysans du bien fondé de ce type de culture en démontrant les effets bénéfiques sur la santé, car par ailleurs, cela nécessite plus de travail et les rendements sont plus faibles que s'ils utilisent des engrais chimiques. Mais Claudio a aussi mentionné qu'au Brésil, une conscience écologique se développait et que la population - surtout celle des grandes villes - était de plus en plus sensibilisée à ces questions.

Bien que nous ne disposions que de peu de temps, nous avons quand même passé une journée à visiter différents assentamentos, entre autre un tout particulier qui lors de ma 1ère visite en 1994, n'était encore qu'un acampamento[2], celui de „Serra dos Quilombos". À l'époque, les paysans vivaient sous des abris de plastique, sous la menace constante des milices et de l'armée. Après des années de tractations avec le gouvernement, c'est enfin devenu un assentamento[3] de +/- 900 ha où vivent 68 familles. Chaque famille a sa maison et a reçu en moyenne 7 à 8 ha de terre pour cultiver. Nous avons été reçues par un groupe de femmes dirigeantes du village agricole, qui nous ont fait visiter l'école et les maisons qui sont rassemblées autour d'une place où tous se réunissent pour jouer au foot, passer le temps, etc.

Il reste à convaincre les habitants de renoncer à la monoculture de canne à sucre. Ce qui n'est pas évident dans le contexte actuel de la politique gouvernementale qui prône précisément le développement de la culture de canne à sucre, soja... en vue de produire des agrocarburants (pour plus de détails, voir l'interview de Claudio dans ce même numéro). Le Brésil n'en a pas fini avec ces thèmes de lutte que sont la monoculture, le latifundio et l'esclavage.

Présentation de l'ASTM

Par ailleurs, ayant toujours constaté le grand intérêt que nos partenaires ont à mieux connaître l'ASTM, nous avions emmené cette fois-ci avec nous une présentation „powerpoint" sur l'ensemble des projets de l'ASTM. Celle-ci a servi d'introduction à un exposé plus complet de nos activités et de nos priorités. Nous avons aussi montré le film consacré à la culture de la canne à sucre, un des 3 volets du projet " Troeller revisited ".

Les dirigeants du MST comme ceux de l'ANACOP ont dit ne pas voir de différence entre le film qui vient d'être tourné et celui tourné par Troeller voici 30 ans. La vie des coupeurs de canne est toujours aussi dure, toujours aussi précaire. C'est pourquoi la lutte pour la réforme agraire ou pour de meilleurs conditions de vie reste une priorité.

Cela nous conforte dans l'idée que l'ASTM fait de bons choix en appuyant ces organisations qui luttent pour améliorer quelque peu la situation dans laquelle elles vivent. Mais cette amélioration, pour elles, ne peut finalement passer que par un changement de structures, de politiques mises en place par le gouvernement. ■

Monique Langevin et Pieca Wallerand sont membres de l'ASTM.

(1) Ce nouveau projet, ainsi que le précédent, est le fruit d'une collaboration avec Solidaresch Hëllef Réiserbann, Action Solidaire Echternach et Bridderlech Deelen.
(2) Camp de paysans sans terre implanté sur des terres non-exploitées.
(3) Village agricole qui se développe à partir d'un acampamento.

Entretien

Claudio da Silva: Les terres expropriables, car non-cultivées, sont en diminution

Claudio da Silva du Mouvement Sans Terre (MST), s'occupe des questions environnementales et d'infrastructures dans l'Etat de Pernambucco. Dans un entretien accordé au Brennpunkt, il parle de la difficulté de convaîncre les paysans des atouts de l'agriculture biologique, de la réforme agraire et de la politique agricole du Brésil.

■ *Quelle est votre fonction dans le secteur de production et quelles sont les priorités du MST dans ce secteur ?*

Dans ce secteur, je suis dirigeant en ce qui concerne les questions environnementales et d'infrastructures. Le secteur s'articule autour de trois axes de travail : assistance technique, formation des cadres, ainsi qu'environnement et habitations.

En ce qui concerne mon travail proprement dit, je coordonne toutes les activités de ce 3ième axe. Les priorités de ce secteur sont la préservation et la récupération du milieu environnemental, la sécurité alimentaire avec la mise en place de banques de semences et de recherches expérimentales dans le domaine écologique et le développement des infrastructures des „assentamentos"[1]. L'objectif de ce dernier volet est de faire en sorte que „l'assentamento" avec toutes ses infrastructures (maisons, école, lieu de culte, égouts, routes, etc.) soit un „vrai" village agricole, ce qui symbolise la réussite de la réforme agraire. Mon rôle est d'articuler les relations entre le MST et les instances gouvernementales en vue de permettre la réalisation de ce volet.

■ *Pourquoi la protection de l'environnement est-elle une priorité du MST ?*

Dès 1998, les questions environnementales s'inscrivent à l'ordre du jour au sein du mouvement. Lors du 4e congrès national en 2002, les 5 axes principaux sont : la sécurité alimentaire, les politiques sociales, le système coopérativiste, la commercialisation et



Photo: ASTM

▲ Claudio da Silva, lors de sa visite au Luxembourg en 2007.

l'environnement. C'est aussi ce dernier thème qui nous relie à d'autres mouvements sociaux.

■ *Quel est le rayon d'action du secteur de production ?*

Les centaines de techniciens agricoles du MST développent un travail de sensibilisation auprès des familles „assentadas"[2], afin de les conscientiser sur l'importance d'une agriculture respectueuse de l'environnement.

■ *Comment convaincre les familles de diversifier leurs productions et de respecter l'environnement ?*

C'est en discutant des questions de santé que l'on fait passer le message de l'importance d'une culture sans produits chimiques et d'une alimentation diversifiée. Mais il est vrai que les cultures écologiques présentent des rendements moins élevés et demandent plus de travail. C'est donc notre rôle de montrer qu'à long terme cela nous conduit à un développement durable.

■ *Dans la zone de la Mata[3] où la monoculture de la canne à sucre est omniprésente, est-ce que les paysans du MST ont abandonné cette pratique?*

Non. Cette pratique est tellement ancrée dans la culture depuis la colonisation que les paysans ne connaissent pas autre chose. Notre rôle est juste-

ment de renverser ce processus et de les inciter à cultiver autrement. Mais avec la promotion au niveau mondial de la production de l'éthanol, notre travail de sensibilisation est rendu encore plus difficile. Néanmoins, on peut constater que dans les assentamentos de la Mata, les paysans commencent à produire des cultures vivrières.

■ ***Comment définir la politique agricole du gouvernement et quelles sont les avancées en matière de réforme agraire ?***

La politique actuelle du gouvernement privilégie l'agro-business au détriment de l'agriculture familiale. Or cette agriculture produit 84% des produits consommés par la population brésilienne. La politique agricole basée sur la monoculture de produits d'exportation ne fait que poursuivre celle qui existait au temps de la colonisation. Actuellement, avec la demande croissante de produits de substitution au pétrole, tels que l'éthanol et le bio-diesel, le gouvernement favorise la culture intensive de canne à sucre, de soja, de dende[4] au détriment des cultures vivrières. Sera-t-on un jour obligés d'importer des produits alimentaires de base comme le „feijao" ?

La réforme agraire ne se limite plus à une lutte paysanne. Elle concerne la population toute entière car la sécurité alimentaire risque de ne plus être assurée.

D'autre part, force est de constater que l'exode rural est important. D'ores et déjà, la population rurale n'est plus que d'environ 15% de la population totale et l'objectif du gouvernement est de la limiter à 6%. Cela ne fait qu'augmenter la population pauvre dans les villes et dès lors, la marginalité, la violence, etc. La nature de la lutte pour la réforme agraire a changé. Jusqu'à une date récente, la lutte s'organisait autour de terres expropriables car non cultivées. Désormais, celles-ci sont en diminution car de plus en plus d'entre elles sont achetées par de grandes multinationales en vue de la production des agro-combustibles.

■ ***Est-ce que le MST peut influencer le gouvernement de Lula en ce qui concerne sa politique agricole ?***

Je dirais que non. Nous, les mouvements sociaux, nous essayons de faire pression, mais en fait, le réel pouvoir est entre les mains de la „bancada ruralista"[5]. Un exemple concret : ce matin, nous avons appris par la radio la nomination du nouveau ministre des relations institutionnelles, une personnalité liée à ce lobby. D'autre part, la question agraire dépend de deux ministères, celui de l'agriculture (MA) et celui du développement agraire (MDA). Le premier est complètement orienté vers l'agro-business alors que le deuxième s'occupe plutôt de l'agriculture familiale et de la réforme agraire. Les mesures prises par le MDA sont constamment remises en question par le MA, ou au pire des cas simplement annulées. ■

Les questions ont été posées par Pieca Wallerand et Monique Langevin.

(1) Villages agricoles.
(2) Familles vivant dans les „assentamentos".
(3) Zone qui s'étend de la côte jusqu'à environ une centaine de kilomètres à l'intérieur de l'Etat.
(4) Fruit oléagineux d'un palmier.
(5) Groupe de politiciens représentant les intérêts des grands propriétaires terriens, qui ont une grande influence au sein du gouvernement.



Photo: ASTM

▲ *Les monocultures de cannes à sucre envahissent aujourd'hui les dernières surfaces disponibles pour la distribution aux paysans sans terre.*

Campagne: Consomm'Action – acheter sans regret

In der neuen Kampagne der Arbeitsgruppe „Education au développement“ arbeiten Jugendliche zu dem Thema “Ich Konsument in EinerWelt“!

Julia Georgi

Ich kaufe, also bin ich? Unsere Güter und Dienstleistungen bezahlen wir mit Geld. Alles steht uns fast sofort zur Verfügung, vorausgesetzt unsere Kaufkraft ist hoch genug. Wir zählen damit zu den 1,8 Milliarden Konsumenten weltweit. Zu den Menschen, die ihre materiellen Bedürfnisse durch Eintausch von Geld gegen Güter befriedigen. Dabei werden wir unbemerkt aber auch offen beeinflusst (Werbung, Umfeld etc.) und vor allem gedrängt möglichst viel am Konsum teil zu nehmen, alleine um unsere Wirtschaft am Laufen zu halten. Aber was verbirgt sich in den Produkten? Wo kommen sie her? Was unterstützen wir mit ihren Erwerb? Wollen wir das? Welche Alternativen sind möglich? Und warum benutzen wir sie (nicht)?



Graphique: GEDV

Interaktive Workshops

In der ersten Phase der Kampagne Consomm'Action - acheter sans regret bietet die Arbeitsgruppe „Education au développement“ (GEDEV) eine Eine-WeltKonsumentenschule an. In den acht zur Wahl stehenden interaktiven Workshops vertiefen die jugendlichen Konsumenten einzelne Themen und entdecken die Nord-Süd-Perspektive in der durch Handel zunehmend „vernetzten“ Welt. „Was hat der Krieg im Kongo mit meinem Handy zu tun?“, „Reine Baumwolle kann auch schaden?“ und „Wieso verarmen die Bauern im Süden, wenn Europa den Bauern durch Exportsubventionen unter die Arme greift?“ Dies sind nur zwei der vielen Fragen, die mit den Schülern behandelt und diskutiert werden.

Es gibt mehr als „Geiz ist geil!“

Die Beeinflussungen unseres Konsums sind vielfältig. Entziehen kann sich ihm kein aktives Mitglied unserer Gesellschaft. Aber wir sind ihnen nicht ohnmächtig ausgeliefert, sondern haben auch eine Konsumentenmacht oder Konsumentenverantwortung, die wir einsetzen können. Diese These bildet den Ausgangspunkt der Workshops. Dazu müssen wir aber informiert sein, Wissen über die Zusammenhänge haben. Die Jugendlichen erhalten Anregungen sich mit dem eigenen Konsum auseinander zu setzen, ihn zum einen in Frage zu stellen, aber vor allem sollen sie sich dazu Fragen stellen, Antworten und Alternativen finden und eigene Handlungspisten entwickeln.

Die Kampagne Consomm'Action wird von sechs ONGDs und dem SENS[1] gemeinsam konzipiert und durchgeführt. Aide à l'Enfance de l'Inde, ASTM, Caritas Luxembourg, Frères des Hommes, SOS-Faim und TransFair-Minka ergänzen sich in der Zusammenarbeit zu dem Thema durch ihre spezifischen Erfahrungen und Arbeitsbereiche und bieten in den Ateliers den Schülern unterschiedliche Möglichkeiten das Thema aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten.

Ergänzend zu der einstündigen Einführung, während der das Thema Konsum allgemein behandelt wird und sich die Jugendlichen als Konsumenten zu positionieren lernen, werden sieben Module à je zwei Stunden angeboten.

Wer kann mitmachen?

Das Angebot richtet sich an Sekundarklassen. Lehrer und Klassen, die das Thema „KonsuMensch“ aktiv und anders behandeln wollen sind eingeladen sich daran zu beteiligen. Je nach Zeitbudget wählen die Klassen (4ième und höher) die verschiedenen Module aus, in denen sie sich mit ihrer KonsumSicht auseinandersetzen. Alle Workshops fordern die Jugendlichen zur aktiven Mitarbeit und beinhalten praktische Gruppenarbeiten. Die Workshopsprachen sind luxemburgisch, französisch oder deutsch. Das Projekt eignet sich insbesondere auch für „Aktionstage“

Für Anmeldungen und weitere Informationen wenden sich Interessenten bitte an die kollektive e-mail-Adresse consommaction@cercle.lu oder eine der teilnehmenden ONGDs. Die Broschüre zur Kampagne können sie herunterladen bei: www.transfair.lu/ecoles/lycees. ■

Julia Georgi ist Mitarbeiterin bei Caritas Luxembourg.

(1) Service Education Nord Sud.

agenda

Modules et ateliers dans le cadre de la campagne Consomm‘Action

L’offre s‘adresse aux classes du secondaire. Les enseignants ou les classes peuvent choisir un ou plusieurs modules/ateliers, lesquels peuvent être animés en luxembourgeois, français ou allemand. Pour s‘inscrire, veuillez vous adresser à l‘adresse consommaction@cercle.lu.

▶ Le coton – l’or blanc du monde

Depuis 200 ans, le coton est la plus importante ressource sur le marché des textiles. Mais que savons-nous sur ce matériau ? À la recherche de ses réalités, nous allons retourner aux origines de nos vêtements en découvrant que l’or blanc ne brille pas pour tout le monde.

▶ Rester à la mode : les conditions de travail dans l’industrie textile

„On aime ce qu’on met“ - après une réflexion sur l’importance croissante de l’habillement parmi les jeunes, le groupe jettera un regard sur la production de vêtements. Existe-t-il quelque chose comme de la „fair fashion“ ? Voici un atelier sur les conditions de travail dans l’industrie textile et sur des pistes pour une consommation alternative.

▶ La consommation locale au Sud

Le but de ce atelier est de montrer les enjeux sociaux, économiques et culturels de l’agriculture pour le producteur et le consommateur tant dans les pays du Sud, notamment en Afrique, que dans les pays du Nord. A travers diverses activités ludiques et pédagogiques, le lien entre la production et la consommation sera expliqué aux élèves, ainsi que le rôle à jouer en tant que consommateur responsable au Luxembourg.

▶ Fast-Food – I’m loving it !

Après un petit historique sur la restauration rapide, nous partons de différents produits pour rechercher leurs origines et analyser leur mode de production. Est-ce vraiment là “tout ce que j’aime » ?

▶ La route et les enjeux du producteur jusqu’au consommateur

Le long chemin parcouru par un produit avant d’arriver sur notre table. Partez à la découverte du commerce équitable.

▶ Les informations non-affichées sur mon GSM

Le GSM facilite la communication au Nord, au Sud et entre les deux. Une composante essentielle de tous les téléphones mobiles est le coltan, une matière première rare dont l’extraction alimente des conflits armés. Quelles sont les alternatives proposées ?

▶ Le tourisme solidaire : voyagez équitable pour un bonheur partagé !

L’objectif de cet atelier est de susciter une réflexion sur le tourisme de masse et de présenter des alternatives telles que le tourisme solidaire qui crée des ressources économiques dans les secteurs les plus pauvres de la population, respecte les identités culturelles et préserve l’environnement.

Complément de la campagne Consomm'Action: Der Hungermarkt. Le marché de la faim.

L'ASTM, Frères des Hommes, TransFair-Minka et SOS Faim Luxembourg ont lancé leur campagne de sensibilisation „Der Hungermarkt. Le marché de la faim. Acheter sans regret !" le 25 janvier à la Kulturfabrik à Esch-sur-Alzette.

La campagne „le marché de la faim", destinée aux lycées, aborde le thème de la consommation responsable et vise à interpeller les jeunes sur les dérives de l'industrie agro-alimentaire dans le monde. Elle est organisée parallèlement aux ateliers abordant ces thématiques déjà proposées dans les classes par différentes ONG au sein de la campagne „Consomm'Action" lancée en novembre 2007.

Pour cette campagne, les organisatrices des différentes ONG se sont basées sur le film „We Feed the World" (Le Marché de la faim en version française) d'Erwin Wagenhofer. „We Feed the world" présente certains aspects du marché agroalimentaire mondial en interrogeant des acteurs de la chaîne (du simple pêcheur au PDG de Nestlé). Il montre que le modèle productiviste qui s'exporte aujourd'hui dans les pays du Sud, au lieu de régler les problèmes de sous-nutrition et de malnutrition, accentue les difficultés d'alimentation en détruisant les systèmes d'agriculture de subsistance, tout en enrichissant les multinationales du secteur agroalimentaire basées dans les pays du Nord.

„Il faut changer la manière dont nous vivons, voilà mon message. On ne peut pas continuer comme ça. Il faut vivre d'une manière différente, acheter d'une manière différente… C'est la raison pour laquelle le film s'intitule „We feed the world" et non „They feed the world". „Nous", comme le dit Jean Ziegler[1], sommes la société civile. Nous sommes les consommateurs, nous allons dans les supermarchés, nous devons manger pour vivre, chacun de nous doit faire ses courses et peut les faire où il le préfère : tel est notre pouvoir !" (E. Wagenhofer - réalisateur).



Photo: ASTM

▲ *Les cinq affiches reprenant les différentes thématiques développées dans la campagne.*

Le 25 janvier 2008, date symbolique du lancement de la campagne, certaines parties du film „We Feed The World" ont été projetées aux Kinosch pour un public largement composé de professeurs de lycées. Après la projection, les organisatrices ont développé, avec les professeurs, la thématique de la consommation responsable dans les établissements scolaires. Les outils de la campagne ont ensuite été présentés dans le local du Ratelach de la KuFa.

Les outils de la campagne se composent de 5 affiches A1 et d'une brochure éditée en français et en allemand.

Les affiches présentent les 5 thématiques traitées dans la campagne : la Faim versus le profit, les OGM, le citoyen consommateur, la pêche industrielle et la déforestation. La brochure reprend et explique les thématiques des affiches en offrant au lecteur une panoplie de liens et d'ateliers destinés aux lycées.

Les affiches et brochures seront placées à partir du 11 février dans les cantines des établissements secondaires intéressés, et cela jusqu'à la fin du mois de juin 2008.

Le CITIM était présent avec un stand le soir du lancement de la campagne, offrant un choix de livres, DVDs et dossiers pédagogiques, disponibles à l'emprunt. ■

Une brochure sur „Der Hungermarkt. Le marché de la faim" avec des explications, des liens et reprenant les cinq affiches est à télécharger sur l'adresse www.astm.lu.

(1) Rapporteur spécial de la Commission des droits de l'Homme de l'ONU pour le droit à l'alimentation.

Images et messages: Un nouveau code de conduite

Messages d'appels de fonds illustrés de photos d'enfants africains mourrant de faim, pauvreté et catastrophes naturelles exploitées dans des publications sans explication du contexte social, des campagnes sur le sida ne montrant que la communauté gay, tels sont les messages qui sont souvent servis au grand public.

Nicole E. Ikuku

Le code de conduite des images et messages sur le Tiers Monde n'entend pas supprimer ces messages, mais les encadrer dans une éthique de travail qui suit des principes humains dans le secteur de la coopération au développement.

Toute association de coopération au développement présente ses partenaires et informe le grand public de ses activités. Comment montrer des images des réalités que vivent les populations des pays dits en voie de développement ? Comment aborder leurs préoccupations sociales, économiques et politiques sans tomber dans le dramatique et le misérabilisme ? Comment diffuser des messages et images cohérents pour faire comprendre au public un contexte qui se veut difficilement résumé en quelques mots ? Ces questions et préoccupations ont conduit les ONGs engagées dans les domaines de l'aide d'urgence, du développement à long terme et de l'éducation au développement, à mener le débat et à créer un code de conduite.

Un nouveau code

Le premier code de conduite des images et messages sur le Tiers Monde a été adopté par l'assemblée générale du CLONG[1] en avril 1989. Ce code avait été rédigé dans l'optique de sensibiliser et d'orienter les ONGs afin de prêter une attention particulière aux messages simplistes, parfois stéréotypés ou sur l'aspect sensationnel de la vie dans les pays en voie de développement, tant dans les activités d'éducation que dans la récolte de fonds. L'idée était de les amener à respecter la dignité des personnes qu'ils prennent en photo. L'objectif étant visait à éviter les ambiguïtés, le sensationnel et à se conformer aux normes en termes de droits des enfants afin de déconstruire les stéréotypes sur la pauvreté.

Quinze ans après, à l'Université d'été (Summer School) de 2004 sur "l'Education au Développement et les Médias", les participants ont décidé de revoir et d'adapter le code de conduite. Des scénarios et thèmes complexes conduisent à repenser les modes et moyens de communication. Ainsi, Dochas, la plate-forme des associations irlandaises s'est portée volontaire pour coordonner ce projet et a engagé un consultant à cette fin. Suite à trois années de débats et d'échanges entre les différents représentants des plates-formes européennes, la version anglaise révisée du code de conduite des images et des messages ayant trait au Tiers Monde a été présentée et adoptée à l'Assemblée Générale de CONCORD en juin 2007.

En quoi ce texte diffère-t-il du précédent? Le nouveau code de conduite concis, d'une page, ne s'adresse plus uniquement aux praticiens de l'éducation au développement et aux acteurs de récolte de fonds. Les agents externes, auxquels les associations font appel pour élaborer ou diffuser leurs messages, sont également interpellés, comme par exemple, les agents de communication, les photographes, les journalistes, les consultants, etc. En complément, un groupe de travail „code de conduite" a également élaboré un Manuel d'utilisation du code qui devrait paraître en 2008. Ce manuel sert de base d'échanges et de débats sur les pratiques de communication des ONG et d'outil de formation, en vue de sensibiliser l'opinion publique.

Un cadre pour la stratégie de communication

Le but du code et du manuel est de fournir un cadre dont les ONG peuvent s'inspirer pour concevoir et mettre en œuvre leur stratégie de communication envers le public. Le Code propose un ensemble de principes susceptibles d'aider, de manière cohérente, les associations ainsi que les acteurs dans leurs efforts de communiquer leurs programmes et leurs valeurs. Le manuel quant à lui, développe des exemples concrets d'application des principes du code.

Les signataires de ce code sont fortement conscients des nombreux défis et des multiples difficultés qu'implique la communication du scandale et de l'injustice de la pauvreté tout en

Le but du code et du manuel est de fournir un cadre dont les ONG peuvent s'inspirer pour concevoir et mettre en œuvre leur stratégie de communication vis-à-vis du public.

s'efforçant de rencontrer les idéaux proposés par ce code. Dans le monde d'aujourd'hui, les images d'extrême pauvreté et de détresse humanitaire sont négatives, mais ne peuvent être ignorées. Même si nos médias regorgent d'images sensationnelles et de messages percutants, une communication alternative est possible. Les valeurs de la dignité humaine, du respect et de l'authenticité, présentées dans ce code, doivent être intégrées dans l'ensemble des communications. Les signataires s'engagent dès lors à respecter ces principes et à les appliquer dans leurs politiques et procédures internes. De même, ils tendent à collaborer de manière constructive avec celles et ceux dont la tâche est de communiquer la problématique de la pauvreté dans le monde et à rechercher les moyens d'insérer ces principes dans d'autres domaines de communication.

Les membres de CONCORD se sont engagés à le promouvoir auprès de leurs membres nationaux et partenaires respectifs. Ils considèrent ce code comme une base importante pour renforcer la responsabilité des ONG et les encouragent à l'utiliser en adapter leurs actions.

Le code de conduite au Luxembourg

Qu'en est-il de son application au Luxembourg? Le code a été présenté aux ONG membres lors de l'assemblée générale consultative du Cercle des ONG en novembre 2007. Il faut savoir que lorsqu'une association demande à devenir membre du Cercle, elle doit adhérer au code de conduite des images et messages. Mais quelle instance veille à sa mise en œuvre et quels sont les recours possibles? Actuellement, les associations ont pris connaissance du code et devraient le promouvoir, en l'intégrant dans leur site Internet, en le mentionnant dans leurs publications et campagnes, en l'envoyant à leurs membres…. Puis, il s'agira d'améliorer leurs actions futures en intégrant de manière transversale les principes du code. Pour ce faire, le Cercle des ONG proposera un séminaire ou une formation d'échange de bonnes pratiques qu'il propose à ses membres au courant de l'année 2008. Pour la suite, des discussions sont en cours et la seule certitude actuelle est que ce code doit permettre aux associations d'améliorer progressivement leur méthode de communication sans renforcer les stéréotypes et sombrer dans le misérabilisme.

En signant et en soutenant ce code, les ONG continueront à donner aux questions de développement toute leur importance aux yeux du public en mettant en avant les valeurs auxquelles elles aspirent. ■

Nicole E. Ikuku est membre de l'ASTM. Le code de conduite régissant les images et les messages est à télécharger sur www.astm.lu.

1) Comité de liaison des ONG. Ce comité est le prédécesseur de l'actuelle confédération des ONG européennes nommée CONCORD.

zoom

Principes directeurs du code de conduite

Le choix des images et des messages sera effectué sur la base de principes indérogeables :

- le respect pour la dignité des personnes concernées ;
- la croyance dans l'égalité de toutes les personnes ;
- l'acceptation de la nécessité de promouvoir l'équité, la solidarité et la justice.

Nous nous efforcerons par conséquent, dans l'ensemble de nos communications, à chaque fois que cela pourra être raisonnablement envisagé et sans trahir la réalité de la situation que nous cherchons à restituer :

- de choisir des images et des messages obéissant aux valeurs de respect, d'égalité, de solidarité et de justice ;
- de représenter fidèlement toute image ou toute situation, dans son contexte tant immédiat que plus large, de manière conforme à la réalité, afin d'améliorer au sein du public la compréhension des réalités et complexités du développement ;
- d'éviter les images et les messages de nature à stéréotyper la réalité et les personnes représentées, de façon sensationnelle ou discriminatoire ;
- d'utiliser des images, des messages et des études de cas moyennant le plein accord, la participation et autorisation des sujets concernés (ou des parents/ tuteurs de ces sujets) ;
- de veiller à ce que celles et ceux dont la situation est représentée aient l'opportunité de communiquer eux-mêmes leur histoire ;
- d'établir si les sujets souhaitent être nommés ou identifiés et de toujours agir en conséquence ;
- de se conformer aux normes les plus élevées eu égard aux droits fondamentaux et à la protection des personnes vulnérables ;
- de se conformer aux normes les plus élevées relatives aux droits des enfants en vertu de la Convention relative aux droits de l'enfant (CDE) - dans la mesure où les enfants sont les sujets le plus souvent représentés.

CITIM: Die Kindernachmittage begeistern

Seit November 2007 bietet das Centre d'Information Tiers Monde (CITIM) monatlich einen Kindernachmittag an, bei dem die Kinder die Welt auf spielerische Art und Weise entdecken.

Anika Siegwanz

Das Centre D'Information Tiers Monde (CITIM) veranstaltet einmal im Monat Aktivitäten für Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren. An diesen Nachmittagen geht es vor allem um Nord-Süd-Bildungsarbeit. Themen wie das Leben in anderen Ländern, schonender Umgang mit der Umwelt und fairer Handel sind einige Beispiele. Es wird den Kindern die Möglichkeit geboten, mit Hilfe von qualifiziertem Personal und authentischem Material aus den jeweiligen Ländern ihre Sichtweisen zu erweitern und die Welt besser kennen zu lernen.

Erstmals fand der CITIM-Nachmittag für Kinder am 22.11.2007 statt. Unter der Themenüberschrift „Griot ! Raconte-Moi L'Afrique!" tauchten die Kinder ein in die märchenhafte Welt Afrikas. Der ASTM Mitarbeiter Robert Bodja erzählte den Kindern spannende Geschichten von dem fernen Kontinent Afrika.

Mit Hilfe von verschiedenen afrikanischen Musikinstrumenten wurden die Geschichten lebendig gestaltet. Die Tama, eine Art Trommel, und das Balafon, eine Art Xylophon, unterstrichen die südliche Atmosphäre in den Räumen des CTIM. Während einer kleinen Pause bekamen die Kinder die Möglichkeit, sich speziell ausgewählte Bücher zum Thema Afrika anzuschauen.

Dieser Nachmittag stand jedoch nicht nur unter dem Motto "Geschichten anhören", sondern vielmehr "Geschichten mitgestalten". So schlüpften die Kinder beispielsweise in den Märchen in verschiedene Tierrollen und hatten jede Menge Spaß dabei. Nach zwei spannenden Stunden wurden die Kinder von ihren Eltern abgeholt.



Photo: ASTM

▲ *Laura Kohn beim Erzählen von Weihnachtsgeschichten aus aller Welt.*

Geschichten zum mitmachen

Der zweite CITIM-Nachmittag für Kinder fand im Dezember statt. Passend zur Vorweihnachtszeit ging es um das Thema „Weihnachten bei uns und anderswo". Wie feiert man eigentlich Weihnachten in China oder in den wärmeren Ländern Afrikas ?

Verschiedene weihnachtliche Traditionen und Bräuche aus den unterschiedlichsten Ländern der Welt wurden durch Laura Kohn vermittelt. In einer kleinen Pause bekamen die Kinder auch hier wieder die Möglichkeit, sich Bücher zum Thema anzuschauen.

Nachdem die Kinder nun mehr über die Weihnachtstraditionen anderer Kulturen erfahren hatten, haben sie gemeinsam gebastelt. Es wurden nach chinesischem Brauch kleine Lampions gebastelt. Bei weihnachtlicher Musik und mit Keksen wurde mit buntem Papier die etwas andere Dekoration hergestellt.

Um 16 Uhr ging auch dieser Nachmittag wieder dem Ende zu. Stolz präsentierten die Kinder den Eltern ihre chinesischen Lampions, die aufgefädelt auf einer Schnur noch beeindruckender aussahen. Ihre selbstgebastelte Dekoration haben sie mit nach Hause genommen.

CITIM-Nachmittag Indien

Auch in diesem Jahr geht es mit den CITIM Nachmittagen weiter. Am 24.01.2008 bekamen die Kinder die Möglichkeit, „Unterwegs in Indien" zu sein. Gekleidet in edle Saris, mit indischem Schmuck und Bindis auf der Stirn gingen sie auf Entdeckungsreise. Der etwas andere Alltag in Indien fand Einzug in die Räume des CITIM. Es



ging um Themen wie Musik, alltägliches Leben, Kleidung, Schmuck und Lebensmittel aus Indien.

Birgit Engel leitete diesen aktionsreichen Workshop. So trugen die Kinder Wasserkrüge auf dem Kopf und Gewürze wurden beim Duft von Räucherstäbchen gemahlen. Den Kindern hat es sichtlich gefallen mehr über Indien zu erfahren. Neugierig stellten sie viele Fragen über die Menschen in Indien und wollten alles über das fremde Land wissen. Das viele authentische Material half den Nachmittag sehr interessant zu gestalten und die Atmosphäre einer anderen Welt zu schafffen.

Viele Bilder aus dem Lebensalltag in Indien stellten eine Verbindung zu uns selbst dar. Beispielsweise sah man auf einem der Bilder, wie Wolle eingefärbt wurde, die später zur Herstellung von Kleidung verwendet und in unseren Geschäften verkauft wird.

Nach einer kurzen Pause und dem Erkunden neuer CITIM-Bücher ging es weiter mit Musik und Kleidung aus Indien. Die Kinder zogen sich Saris an und mussten feststellen, dass es gar nicht so einfach ist, sich mit solch langen Stoffen zu kleiden und damit auch noch alltägliche Arbeit zu verrichten! Besonders der Schmuck, d.h. bunte Armreifen und klimpernde Fußkettchen hatten es den Kindern angetan. In ihrem neuen Outfit haben sie zunächst selbst Musik mit verschiedenen Instrumenten gemacht, wie z.B. mit Kokosrasseln, Trommeln und Zimbeln.

Danach wurde gemeinsam ein Tanz eingeübt. Im Kreis tanzten sie begeistert zu den Rhythmen des Südens und verliehen dem Tanz noch mehr Ausdruck, indem sie mit Klangstöcken den Takt verstärkten. Die Eltern durften erst gehen, nachdem sie den Tanz der Kinder bewundert hatten, den diese stolz präsentierten.

Citim-Nachmittag im März

„Aus alt mach‘ neu!“ wird das Thema am 06.03.2008 ab 16 Uhr heißen. Hier wird mit Recyclingmaterial gebastelt und spannende Dinge werden hergestellt, wie z.B. bunte Regenmacher oder lustige Tiere aus Afrika. Ihr werdet staunen, was man alles aus „Müll“ basteln kann.

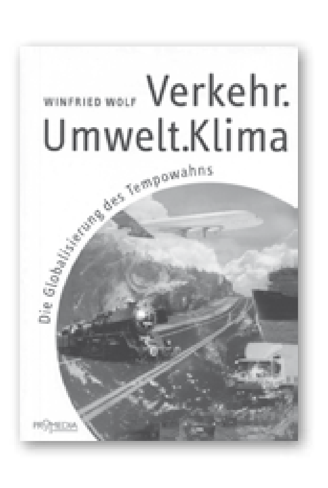
Wenn Ihr Kind zwischen 6 und 10 Jahren alt ist und sie es für einen dieser CITIM-Nachmittage anmelden möchten, dann können Sie uns entweder anrufen unter der Nummer 400 427-31 oder Sie schreiben eine Mail an citim@astm.lu.

Anika Siegwanz ist Mitglied der ASTM.

Le coin des lectures



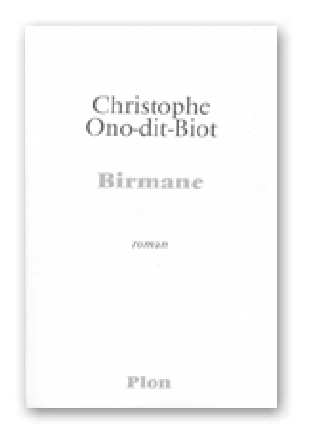
Winfried Wolf: Verkehr. Umwelt. Klima. Die Globalisierung des Tempowahns



Ein Mensch legt heute im Jahr mit 12.000 Kilometern eine doppelt so lange Wegstrecke zurück wie vor 30 Jahren. In einem Joghurtbecher stecken 2007 rund 50 Prozent mehr Transportkilometer als im Jahr 1987. Die Verfügbarkeit von Waren aus aller Welt an jedem Ort zu Dumpingpreisen wird als persönliche Bereicherung und kultureller Fortschritt empfunden. Nicht der Verkehr an sich wächst. Der Schienenverkehr, der Verkehr mit öffentlichen städtischen Verkehrsmitteln, die Verkehrsarten Gehen und Radfahren sind weltweit rückläufig. Ein massives Wachstum gibt es im Straßen-, Luft- und Seeverkehr, also bei denjenigen Verkehrs- und Transportformen, die auf Öl und seinen Derivaten (Benzin, Diesel, Kerosin und Bunkeröl) basieren. Es handelt sich um Verkehrsarten, die Umwelt und Klima stark belasten. Die Struktur der globalisierten Ökonomie ist die Grundlage für diese Verkehrsentwicklung.

Promedia 2007: 496 Seiten

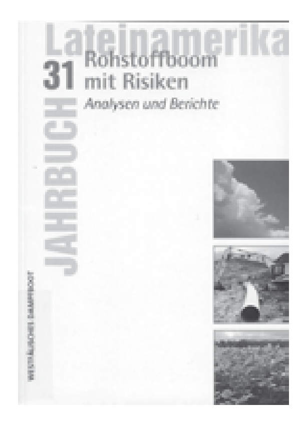
Christophe Ono-dit-Biot: Birmane (Prix Interallié 2007)



Décidé à changer le cours de sa vie, un jeune homme s'envole pour le pays de tous ses fantasmes avec un projet fou : décrocher l'interview du plus grand trafiquant d'opium de tous les temps. Un scoop sans prix. Double problème : César est un amateur, et la Birmanie une dictature. A Rangoon, où la paranoïa le dispute à la moiteur tropicale, il rencontre une jeune femme au charme trouble. En lui venant en aide, elle va le faire plonger au cœur d'un pays où tous ses repères volent en éclats. Jusqu'à le mettre sur le chemin d'une figure mythique de la rébellion politique réfugiée dans la jungle : la Femme-Tigre.

Plon 2007: 444 Seiten

Jahrbuch Latainamerika: Rohstoffboom mit Risiken



Das Jahrbuch Lateinamerika 31 beschäftigt sich mit den Hoffnungen und Schattenseiten des Rohstoffreichtums in Lateinamerika. Die Legalisierung von genetisch verändertem Saatgut in Brasilien, Offenheit gegenüber der Atomenergie in Brasilien und Argentinien, der Tagebau in Peru sowie das ambitionierte Gaspipelineprojekt von Hugo Chavez verweisen darauf, dass ökologische und soziale Aspekte unter die Räder des Fortschrittsglaubens geraten können. Doch der Ressourcenboom setzt auch neue politische Energien frei.

Westfälisches Dampfboot 2007: 222 Seiten

Le Centre d'Information Tiers Monde (55, avenue de la Liberté) est ouvert du lundi au vendredi de 14.00 à 17.00 heures. Les frais d'inscription au CITIM s'élèvent à 5 euros par année et permettent l'emprunt de livres et tout autre matériel.

LE MARCHÉ DE LA FAIM
DER HUNGERMARKT

ACHETER SANS REGRET

FRUITS DE SAISON:	Janv	Févr	Mars	Avril	Mai	Juin	Juil	Août	Sept	Oct	Nov	Déc
Abricots							●	●				
Cassis						●	●	●				
Cerises						●	●	●				
Coings										●	●	
Fraises						●	●	●				
Framboises						●	●	●	●	●		
Groseilles							●	●				
Kiwis	●	●	●									
Mandarines	●	●									●	●
Melons						●	●	●				
Mirabelles							●	●	●			
Mûres				●	●	●	●	●	●	●		
Myrtilles							●	●	●	●		
Nectarines							●	●				
Oranges	●	●	●	●							●	●
Pêches							●	●	●			
Poires	●	●	●				●	●	●	●	●	●
Pommes	●	●	●			●	●	●	●	●	●	●
Prunes								●	●			
Pruneaux								●	●			
Raisins									●	●		
Rhubarbes				●	●							
Tomates						●	●	●	●	●		

LÉGUMES DE SAISON:	Janv	Févr	Mars	Avril	Mai	Juin	Juil	Août	Sept	Oct	Nov	Déc
Artichauts								●	●	●		
Asperges				●	●	●	●					
Aubergines					●	●	●	●	●			
Betteraves	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
Brocolis							●	●	●	●	●	
Carottes	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
Céleris	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
Choux	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
Choux-fleurs					●	●	●	●	●	●	●	
Choux de Bruxelles	●	●	●						●	●	●	●
Concombre					●	●	●	●	●	●		
Côtes de Blettes				●	●	●	●	●	●	●		
Courges								●	●	●		
Courgettes						●	●	●	●	●		
Endives	●	●	●	●								●
Epinards				●	●	●	●	●	●	●	●	
Fenouils						●	●	●	●	●	●	
Haricots						●	●	●	●	●	●	
Laitues				●	●	●	●	●	●	●		
Maïs							●	●	●	●		
Navets					●	●						
Oignons	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
Poireaux	●	●	●			●	●	●	●	●	●	●
Petits pois						●	●					
Poivrons						●	●	●				
Pommes de Terre	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
Radis				●	●	●	●	●	●	●		
Salades				●	●	●	●	●	●	●	●	
Tomates						●	●	●	●	●		

● = périodes de récolte et de consommation

LA SOLIDARITÉ,
LE GESTE QUI COMPTE.

Je m'investis à l'ASTM parce que c'est une organisation qui mène une réflexion politique sur les inégalités entre pays riches et pauvres. J'apprécie aussi l'ambiance multiculturelle qui y règne. Mais ce qui m'intéresse particulièrement, c'est le contact avec nos partenaires. Je rentre toujours enrichie de mes visites en Amérique latine. Pour moi, c'est important d'être membre d'une organisation qui essaie de faire quelque chose pour la société. Je pense que l'on doit apporter sa pierre à l'édifice d'un monde plus humain.

Monique Langevin, bénévole auprès de l'ASTM.

De nationalité française, Monique Langevin est membre bénévole auprès de l'ASTM depuis son départ en retraite en 2002. Elle s'intéresse plus particulièrement aux projets que l'ASTM soutient en Amérique latine. Jusqu'en mars 2007, elle était également présidente de l'association.



DONATEUR + BENEVOLE + COLLABORATEUR + PARTENAIRE + BENEFICIAIRE

WWW.ASTM.LU